

UNIA



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Jean Ziegler: «Die Schande der Schweiz heisst Cassis.» Seite 7

Frauenfussball

Ole!

Spanien:
Kickerinnen
streiken für
mehr Lohn.
Und siegen
auf ganzer
Linie. Die
Club-Bosse
knicken ein.
Seite 3

Regula Rytz will
Schafft's nach Ruth
Dreifuss wieder eine
Gewerkschafterin in
den Bundesrat? Seite 2



Poschi-Skandal
Der Kanton Jura will
seine Buslinien an
Lohndrucker-Firmen
vergeben. Seite 7

**Frauenstreik-
Legende tot**
Die Uhrenarbeiterin
Liliane Valceschini
stand am Anfang des
Frauenstreiks 1991.
Ein Nachruf. Seite 8

**Spitzel-
Land
Schweiz**
Fichen-Skandal:
So flog er wirklich
auf. Und der Staat
schnüffelt weiter. Das
Dossier. Seiten 10–11

EVA ALONSO: Spielerin von Rayo Vallecano, Spanien.



ZUM ERSTEN MAL

Die Greta-Wahlen haben uns Frauen ganz schön viele Zum-ersten-Mal-Erlebnisse beschert: Zum ersten Mal haben wir im Nationalrat 84 von 200 Sitzen. Und 12 Ständerätinnen, davon 11 neue. Zum ersten Mal schicken sieben Kantone eine Frau nach Bundesbern. Obwalden und Zug hatten dort überhaupt noch nie eine. Baselland, Freiburg, Tessin, Wallis und Uri noch nie eine Ständerätin. Das ändert sich jetzt schlagartig. Dank der Schubkraft des Frauenstreiks. Mehr noch: Zum

Der Cassis-Angriff ist politologisch.

ersten Mal sind die Frauen in den Bundeshausfraktionen der Grünen und der SP in der Mehrheit. Und selbst die grösste Macho-Partei hat neuerdings einen Frauenanteil von 24 Prozent in ihrer Fraktion. Wiewohl die SVP im Stöckli zu 100 Prozent testosterongesteuert bleibt.

GRÜNE BUNDESRÄTIN. So viele «zum ersten Mal» – und das im Jahr 2019! Nicht grad ein Pionierdatum für etwas, das selbstverständlich sein sollte: für die politische Gleichstellung der Frau. Fortschrittliche Frauen fordern diese schon seit mehr als 100 Jahren. Doch das Frauenstimmrecht kam erst 1971 in die Schweiz. Und mit ihm betraten erstmals elf Nationalrätinnen und eine Ständerätin das Bundeshaus. Erst 1974 kam die erste Bundesrätin (Margrith Bigler-Eggenberger). Erst 1977 kam die erste Nationalratspräsidentin (Elisabeth Blunschy, CVP). Erst 1983 kam die erste Regierungsrätin (Hedi Lang in Zürich, SP). Erst 1984 kam die erste Bundesrätin (Elisabeth Kopp, FDP). Erst 1987 kam die erste Bundeshaus-Fraktionschefin (Ursula Mauch, SP). Erst 1991 kam die erste Ständeratspräsidentin (Josi Meier, CVP). Und kommt jetzt zum ersten Mal eine grüne Bundesrätin?

GUT FÜRS KLIMA. Grünen-Chefin Regula Rytz will. Das ist gut. Gut für die Frauen, gut fürs Klima und gut für die Arbeitnehmenden. Denn Rytz war jahrelang Zentralsekretärin des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes mit den Schwerpunkten Arbeitsgesetz, Gesundheitsschutz und Personenfreizügigkeit. Im Unterschied zum (Rechts-)Aussenminister Ignazio Cassis hätte sie den Lohnschutz im Rahmenabkommen mit der EU nicht zum Abschluss freigegeben. Sie würde auch den Rohstoffkonzern Glencore nicht sauberschleimen. Dass Rytz seinen Sitz angreift, ist also politologisch. «Die Schande der Schweiz heisst Ignazio Cassis», schreibt auch Jean Ziegler in seiner work-Kolumne (Seite 7). Der Angriff auf den Tessiner ist aber auch arithmetologisch, wie work-Autor Clemens Studer vorrechnet (diese Seite). Cassis wäre übrigens nicht der erste bisherige Bundesrat, der seinen Stuhl räumen müsste. 2003 traf dieser Schicksalsschlag CVP-Bundesrätin Ruth Metzler. Zum ersten Mal, seit es die Zauberformel gibt.

Grüne wollen in den Bundesrat

Richtig rechnen für Regula Rytz

Gehört den Grünen nach ihrem Wahlsieg ein Bundesratssitz? Nein, rechnen die Rechten jetzt vor. Und liegen falsch.

CLEMENS STUDER

Bahnhof Bern. 21. November, in der «Welle 7», gleich bei der SBB-Passierelle: Regula Rytz hat zum Medientermin geladen. Sie ist Präsidentin der Grünen und das Gesicht der «grünen Welle». Gefühlte 50 Journalistinnen und Journalisten schauen, hören, filmen mit, als sie sagt: Ja, ich will! Sie will Bundesrätin werden. Sie sagt: «Jetzt ist der Moment!» Und sie sagt: «Ich bin bereit!» Und sie macht klar: Es geht um den Sitz von FDP-Bundesrat Ignazio Cassis. Es gibt viele gute Gründe, den Aussenminister und faktisch dritten SVP-Bundesrat abzuwählen. work hat in der letzten Ausgabe fünf davon aufgezählt (nachzulesen hier: rebrand.ly/cassisgruende). Einen zusätzlichen liefert Jean Ziegler in seiner Kolumne auf Seite 7. Ein weiterer war der Wahltag am 20. Oktober und die folgenden zweiten Wahlgänge zum Ständerat.

IGNORIERTER LINKSRUTSCH

Die nationalen Wahlen haben für Schweizer Verhältnisse tektonische Verschiebungen gebracht. Die absolute hartrechte Mehrheit im Nationalrat ist Geschichte, die Linke geht trotz leichten Verlusten der SP gestärkt in die neue Legislatur. National- und Ständerat sind jünger, linker, grüner und weiblicher. Das ist auch für die Gewerkschaften gut (work-Analyse: rebrand.ly/workwahl). Trotzdem führen sich die rechten Parteien auf, als hätten sie die Wahlen gewonnen. Mit freundlicher Unterstützung der vereinigten Deutschschweizer Zentralredaktionen führen sie eine Debatte über die angebliche Schwäche der Linken, schreiben SP-Flügelkämpfe herbei und werfen den Grünen «Feigheit» vor, weil diese zuerst analysierten, bevor sie die Bundesratskandidatur ankündigten.

Verwirrung stiftet auch die NZZ-Redaktion. Diese schiebt die FDP auf der politischen Achse wild hin und her. Wenn's passt, zählt die NZZ die FDP zur Mitte. In ihrem Modell für eine neue Zauberformel kommt sie so auf 2 SVP-Sitze und 3 Sitze für einen «Mitte-Block» aus FDP, CVP und GLP. Dieser wäre wohl weiterhin von FDP und CVP besetzt. Den fortschrittlichen Kräften im Land steht man an der Zürcher Falkenstrasse gerade noch 2 Sitze zu. Ein paar Tage später dann konnte die NZZ die FDP-Positionierung wieder richtig und ehrlich einordnen. Nämlich als Seitenwagen der SVP, der sie seit 2003 ist. Seit dem «Schulterschluss» zwischen altem und neuem Geldadel, der in Zürich ausgebrütet wurde und 2003 auch in Bundesbern ankam. Damals wählte die FDP zusammen mit der SVP Bundesrätin Ruth Metzler von der CVP ab, damit SVP-Oligarch Christoph Blocher in die Landesregie-



REGULA RYTZ: Ihre Wahl in den Bundesrat wäre arithmetisch berechtigt. Und nach den Klima- und Frauenwahlen vom Oktober politisch dringend. FOTO: KEYSTONE

rung einmarschieren konnte (siehe Spalte rechts: «Der Fall Blocher»).

DAS BLOCK-MODELL

Rytz bekomme keine SVP-Stimmen, analysierte die NZZ dieser Tage. Weil: «Mit der Wahl einer grünen Bundesrätin würde die SVP die rechtsbürgerliche Mehrheit verlieren, die sie zusammen mit der FDP in der Regierung hält.» Das ist wohl richtig. Das mit den SVP-Stimmen. Und das mit der rechtsbürgerlichen Mehrheit. Und auch das Block-Modell der NZZ ist nicht ganz falsch. Aber nur, wenn man die Parteien richtig verortet und ihre Anteile richtig rechnet, wird ein Schuh draus.

Wie geht das? Gewählt wird der Bundesrat von der Vereinigten Bundesversammlung. Von 200 Nationalrätinnen und -räten. Und von den 46 Ständerätinnen und -räten. Darum sind die Fraktionsgrössen in beiden Räten politisch wichtiger und real entscheidender als die Stimmenprozente bei den Nationalratswahlen.

Schaut man präzise hin, sieht es so aus: Die Fraktionen von SVP und FDP haben zusammen 102 Sitze. Die CVP-Mitte-Fraktion plus GLP zusammen 60. Und die Fraktionen von SP und Grünen zusammen 83 Sitze. Das bedeutet bezogen auf die Bundesversammlung: Rechts kommt auf 41,46 Prozent. Die Mitte auf 24,4 Prozent. Die Linke auf 33,7 Prozent. Umgelegt auf die 7 Bundesratssitze ergibt das: Rechte: 2,9 Sitze. Mitte: 1,7 Sitze. Linke: 2,4 Sitze. Zum gleichen Resultat führt auch, wenn nur die Parteisitze in der Bundesversammlung berücksichtigt werden (also ohne jene Fraktionsmitglieder, die nicht der namensgebenden Partei angehören). Dann sieht es so aus: SVP: 1,67 Sitz; SP: 1,36 Sitz; FDP: 1,16 Sitz; CVP: 1,08 Sitz. Die Grünen: 0,93 Sitz. Realpolitisch sieht die korrekte Bundesratzzusammensetzung von rechts nach links also so aus: 2 SVP, 1 FDP, 1 CVP, 2 SP, 1 Grüne. Vier Frauen und drei Männer. Und genau dieser Bundesrat ergibt sich, wenn am 11. Dezember Cassis ab und Regula Rytz gewählt wird.

Kurz: Eine Wahl der ehemaligen SGB-Zentralsekretärin Regula Rytz ist wahlarithmetisch berechtigt. Und nach den Klima- und Frauenwahlen vom Oktober politisch dringend.

BUNDESRATSWAHLEN

DER FALL BLOCHER

Den Abwahlreigen in der neueren Bundesratsgeschichte hat die Rechte eröffnet. 2003 wählte sie die junge CVP-Frau Ruth Metzler aus dem Bundesrat ab, um Platz zu schaffen für SVP-Führer Christoph Blocher.

OSPEL. Zuvor hatte sich UBS-Boss Marcel Ospel für Blochers Wahl starkgemacht und CVP-Bundesrätin Ruth Metzler telefonisch zum Rücktritt aufgefordert. Zusammen mit Blocher wurde Hans-Rudolf Merz in den Bundesrat gewählt. Der Appenzeller FDPler war – ähnlich wie Cassis heute – faktisch der dritte SVP-Bundesrat.

BLEIERN. Es folgten vier bleierne Blocher-Jahre. Am 12. Dezember 2007 wählte das Parlament den SVP-Führer ab – und Eveline Widmer-Schlumpf in die Regierung. (cs)

Bundesratskandidatur Rytz: Wer wie dazu steht

Grünen-Chefin Regula Rytz ist in Bundesbern bestens eingeführt. Ihre Positionen sind bekannt. Und auch ihre beruflichen und politischen Erfahrungen: Historikerin, Zentralsekretärin beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund, Mitglied der Berner Stadtregierung, seit 8 Jahren Nationalrätin. Konsequenter sozial, ökologisch, feministisch. Jene, die Rytz am 11. Dezember nicht wählen, tun dies genau deswegen.

WO STEHEN DIE PARTEIEN?

SP: Die Genossinnen und Genossen werden Rytz wählen. Ob die

Fraktion eine offizielle Wahlempfehlung abgibt, war bei Redaktionsschluss noch offen.

FDP: «Akzeptiert» den grünen Anspruch. Aber «natürlich» nicht jetzt.

SVP: «Akzeptiert» den grünen Anspruch, aber will ihren politischen Supporter Ignazio Cassis behalten. Darum phantasiert sie von einer Abwahl von Simonetta Sommaruga. Eine Nebelpetarde.

CVP: Die CVP-Fraktion wird laut Parteipräsident Gerhard Pfister

«Rytz mehrheitlich nicht wählen». Was diese Aussage wert ist, wird sich erst am Wahltag zeigen. Denn die traditionell katholische CVP hat mit der «historischen Gegnerin» FDP (traditionell protestantisch) eine Abwahlrechnung offen. Und Rache ist süß. Und: bei einer Rytz-Wahl würde ihre Bundesrätin Viola Amherd zur mächtigsten Frau im Bundesrat. Denn die CVP würde ihre Lieblingsrolle als «Zünglein an der

Waage» nicht nur im Parlament spielen können, sondern wie einst üblich auch wieder in der Regierung. Wie viele Stimmen von Machtbewussten und katholischen Kulturkämpfern aus der CVP-Fraktion Rytz erhalten wird, entscheidet die Dynamik bis zum und mit dem Wahlgang.

GLP: Die rechten Grünen sind in der Zwickmühle. Schlagen sie sich auf die Seite der Ökologie? Oder auf die Seite der Lohnschutzschleifer und Sozialabauer? So oder so ein entscheidendes Signal für die kommende Legislatur. (cs)



EXTRAKLASSE: Atlético de Madrid (rotgestreifte Trikots) spielt gegen Deportivo La Coruña, im Match der Primera División (höchste Spielklasse im spanischen Frauenfussball), am 2. November in Madrid. Der Atlético entschied diese Partie mit 4:1 für sich. FOTO: GETTY

Spanische Profi-Fussballerinnen streiken erfolgreich 1:0 für die «Futbolistas»

Grosse Leistung, miese Löhne: Weltweit haben die Top-Kickerinnen die Nase voll vom Mauerblümchendasein. Nicht nur in Spanien verlangen sie endlich Gleichstellung am Ball.

RALPH HUG
Im Sportzentrum Dani Jarque in Barcelona hätten kürzlich die Frauenteams von Espanyol und Granadilla de Tenerife gegeneinander antreten sollen. Doch das Stadion blieb leer. Auch in Valencia fiel der Match aus, die Teams von Levante und Sporting de Huelva blieben zu Hause. Der Grund: Streik. Spaniens Fussballfrauen haben das Mauerblümchendasein satt. Sie wollen endlich anständig bezahlt werden: «Huelga por la igualdad!» (Streik für die Gleichheit). Die aufmüpfigen Sportlerinnen fanden Support bei einem der berühmtesten Kicker der Welt. Antoine Griezmann, Franzose im Dienst des FC Barcelona, twitterte: «Habt Mut, Compañeras!»

FRAUENFUSSBALL IM AUFWIND
Der Streik hat sich gelohnt, die «Futbolistas» haben ihr Ziel erreicht. Und zwar in nur zwei Tagen. Jetzt erhalten Spaniens Top-Fussballerinnen Ganztagesverträge und einen Mindestlohn von 16 000 Euro pro Jahr. Genau das, was sie gefordert hatten. Ihre Arbeitgeberin, die spanische

Clubvereinigung, hatte sich mehr als ein Jahr lang dagegen gesperrt. Aus finanziellen Gründen. Kleinere Clubs würden pleitegehen, behaupteten sie. Bisher speisten sie die Fussballerinnen mit Halbtagesverträgen und einem mickrigen Mindestlohn von 8000 Euro ab, während ihre männlichen Kollegen im Durchschnitt 155 000 Euro pro Jahr verdienen. Solche Verträge beinhalten 20 Stunden bezahlte Arbeit pro Woche. Dabei leisten die Kickerinnen in Spaniens oberster Liga viel mehr. Die ehemalige Nationaltorhüterin Ainhoa Tirapu sagt: «Wir sind zu hundert Prozent Profis.» Auf diesem Niveau bleibt für zusätzliche Erwerbsarbeit kaum mehr Zeit.

Durch den Streik gerieten die Clubs rasch unter Druck. Denn der Frauenfussball ist überall im Aufwind. Die Fans sind begeistert: Frauen bieten beherzten Of-

Die Top-Spielerinnen in Spanien erhalten jetzt mindestens 16 000 Euro statt 8000 pro Jahr.

fensivfussball und spielen erkennbar fairer als ihre hochbezahlten männlichen Kollegen, die sich oft mehr im Trikotgreifen und Dreingrätschen üben. Bei Spitzenspielen der Frauenteams kommen in Spanien bis zu 60 000 Leute ins Stadion. So verdienen die Clubs mit den «Futbolistas» immer mehr Geld. Beim Arbeitskampf ging es um Millionensummen.

Der Streikerfolg wäre ohne Spaniens höchst aktive feministische Bewegung wohl nicht möglich gewesen. Diese hat bereits zwei nationale Frauenstreiks organisiert. Im letzten März waren Hunderttausende gegen Machismo, Diskriminierung und Ungleichheit auf der Strasse. So hat der Feminismus nun auch den Fussball erfasst. Die Präsidentin des Frauenausschusses der Spielergewerkschaft AFE räumt selbstkritisch ein: «Wir haben zu lange Geduld gehabt.» Den Streik hatte auch der grosse spanische Gewerkschaftsbund UGT unterstützt.

UNERSCHROCKENE RAPINOE
Spaniens Kickerinnen sind in ihrem Kampf für Anerkennung und Gleichberechtigung keineswegs allein. Weltweit

streiten Ballkünstlerinnen um ihre Rechte. Am erfolgreichsten sind die Norwegerinnen: Vor zwei Jahren setzten sie als erste den gleichen Lohn für das Frauen-Nationalteam wie für die Männer-Nati durch. Ihr Honorarbudget wurde verdoppelt. Dies kam nur durch einen Verzicht der Männermannschaft zustande. Erlöse aus kommerziellen Aktivitäten bei Länderspielen konnten ins Frauenteam umgeleitet werden.

Auch in Dänemark, Argentinien und in den USA werden Proteste gegen miese Löhne laut. Am meisten Schlagzeilen macht die amerikanische Frauen-Elf. Sie wurde gerade im Sommer Weltmeisterin, zum vierten Mal. Ihr Superstar ist Megan Rapinoe (34). Rapinoe ist mit ihrem violett gefärbten Haarschopf eine ebenso auffällige wie unerschrockene Kämpferin. Zusammen mit ihren Kolleginnen hat sie den US-Fussballverband wegen Lohndiskriminierung verklagt. Auch engagiert sie sich vehement gegen Rassismus und für gleiche Rechte. Seit ihrem spitzen Satz gegen US-Präsident Donald Trump gilt sie als Heldin. Nach der Feier zum Weltmeistertitel sagte sie, sie werde nicht zur Ehrung in dieses «verdammte Weisse Haus» («Fucking White House») gehen. 1:0 für Rapinoe und den starken Frauenfussball.



Frauenfussball Schweiz: Sarah Akanji kämpft

Auch die Schweiz hat eine Kämpferin für den Frauenfussball: Sarah Akanji (26). Akanji wollte mit einer Petition mit 3000 Unterschriften das Fernsehen SRF dazu bringen, auch Frauenmatches zu übertragen. Die junge Zürcherin, Schwester des Natispielers Manuel Akanji, klickte schon im Alter von neun Jahren. Mit dem FC St. Gallen spielte sie in der höchsten Liga. 2016 gründete sie beim FC Winterthur ein Frauenteam, wo sie nun als Kapitänin wirkt. Ihre Armbinde hat die Regenbogenfarben, als Zeichen der Toleranz gegenüber sexueller Vielfalt. Im März wurde sie auch als SP-Vertreterin in den Kantonsrat gewählt.

BESSERE LÖHNE. Frauen spielten immer noch auf einem Nebenplatz, kritisiert Akanji. Sie würden zu wenig gefördert, müssten alles selber organisieren und hätten daher wenig Chancen, professioneller zu werden. «Bei uns kann keine Frau vom Fussball leben», sagt Akanji zu work. Sie verlangt vom Schweizer Fussballverband, dass er mehr in den Frauenfussball investiert und für bessere Löhne sorgt. In der Schweiz scheint es bis zur Gleichberechtigung auf dem Rasen noch ein weiter Weg. (rh)

MEGAN RAPINOE: Sie hat den US-Fussballverband wegen Lohndiskriminierung verklagt. FOTO: GETTY

Migros: Fertig mit Amigos

ZÜRICH. Die Migros stellt ihre umstrittene Lieferplattform Amigos per 11. Dezember ein. In dem Pilotprojekt hatten schein-selbstständige «Bringer» in den Regionen Bern und Zürich Einkäufe ausgeliefert – für einen Dumpinglohn von 7 Franken 90 pro Einkaufstasche (work berichtete). Die Unia begrüsst den Entscheid. Allerdings dürfte sich die Migros nicht aus der Verantwortung stehlen. Sie schulde den Lieferantinnen und Lieferanten Löhne, Beiträge an Sozialversicherungen sowie Spesen für die Nutzung privater Handys und Fahrzeuge.

Hotelboykott beim FC Liverpool

DOHA. Während der Club-WM im Wüstenstaat Katar sollen die Fussballprofis nur mit dem Besten, Teuersten und Exklusivsten beglückt werden. Dem Team des FC Liverpool etwa offerierte die Fifa ein 5-Sterne-Luxushotel auf der «Perle», der künstlich angelegten Insel vor Doha. Die «Reds» aber lehnten prompt ab. Und verwiesen auf einen Bericht der Tageszeitung «Guardian». Demnach müssen ausländische Angestellte des Hotels auch bei 45 Grad Aussentemperatur täglich 12 Stunden chrampfen und erhalten nicht einmal den gesetzlichen Mindestlohn. Solche Schindereien wolle man nicht unterstützen, so der legendäre englische Arbeiterverein.

Busse wegen Frauenstreik

ZUG. Zum Bersten voll war am Frauenstreik so mancher Platz in der Schweiz. Auch in Zug übertraf die Teilnahme alle Erwartungen. Über 700 Frauen gingen dort auf die Strasse. Nur war ihnen genau das vorgängig verboten worden. Eine Demonstrationsbewilligung erteilte die Polizei nämlich ausdrücklich nur für die Trottoirs und für die Velowege. An einer engen Stelle erlaubten es sich die Demonstrantinnen dennoch, auch auf einer Nebenstrasse zu gehen. Sofort stellten sich ihnen wild gestikulierende Ordnungshüter entgegen und befahlen, das überfüllte Trottoir zu benutzen. Ohne Erfolg. Volle zehn Minuten lang spazierten die Frauen ganz frei herum. Zu viel für einen Polizisten, der Anzeige erstattete, und zu viel für die Staatsanwaltschaft, die – schweizweit einmalig – den Organisatorinnen nun eine Strafe von 650 Franken aufbrummt.

Einigung bei Japan Tobacco

GENÈVE. Nach mehreren Wochen der Anspannung ist es im Konflikt um den Stellenabbau bei Japan Tobacco International in Genf zu einer Einigung gekommen. Die Geschäftsleitung hat überraschend ihren Sozialplan für die 268 Entlassenen massiv verbessert. Die gut besuchte Angestelltenversammlung stimmte dem neuen Sozialplan zu. Noch Anfang November hatte der Tabakkonzern die Verhandlungen mit dem Personal und mit der Unia abgebrochen.

workfrage:
Sollen auch bei uns die Fussballerinnen mehr verdienen?
Schreiben oder mailen Sie uns Ihre Meinung zu diesem Thema!
Eine Auswahl der Antworten lesen Sie in der nächsten Ausgabe.
E-Mail oder Brief an: **work, Frage,**
Postfach 272,
3000 Bern 15,
redaktion@workzeitung.ch

Die Briefträgerin & die Heiraterei

Heiraten ist wieder Mode. Bei gleichzeitig steigenden Scheidungsraten.

Das sagt die Statistik. Und das weiss auch die Briefträgerin. Nicht nur wegen diverser Hochzeits-Eventmanagementfirmen



Katrin Bärtschi ist Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin.

auf ihren Touren, die in letzter Zeit neu erstanden und mehrheitlich den Schirm, kaum geöffnet, wieder zumachten.

Auf Scheidungen weisen der Nachsendeauftrag nur einer Person des Haushalts oder Post vom Zivilgericht hin.

NEUKREATION. Für Eheschliessungen gibt es mehr Hinweise: Kartenanschrift «an das Brautpaar», selbstkreierte Webstamps mit den Konterfeis strahlender Brautleute – und die elenden Namensänderungen.

Nach von der Briefträgerin geschätzten 97 Prozent der Eheschliessungen trägt die Frau einen neuen Namen. Den Namen des Mannes. Egal, durch welches Quartier die Tour führt, überall dasselbe Bild. Das Eherecht von 2013 schliesst Doppelnamen aus, ermöglicht aber

Der Name der Frau verschwindet vom Briefkasten.

den Heiratenden die Beibehaltung ihres je ursprünglichen Namens (bei gleichzeitiger Bestimmung des Familiennamens der Kinder) oder die Neukreation einer Kombination beider Ursprungsnamen.

Ein Schritt in Richtung Selbstbestimmung und Gleichberechtigung der Frauen könnte dieses neue Eherecht sein. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Nicht nur übernehmen in so gut wie allen Fällen die Frauen den Männernamen, ihr bisheriger Name verschwindet auch vom Briefkasten.

RETOURNIEREN! Wohin deshalb zum Beispiel mit der Post, die noch an die alte Person adressiert ist? Frau Bünzli war einmal, Frau Klein heisst sie nun. Die Pöstlerinnen und Pöstler stellen grundsätzlich keine Sendungen zu, deren Adressatin oder Adressat nicht am Kasten angeschrieben ist. Das ergibt Sinn. Es ist nicht ihre Aufgabe zu bestimmen, ob eine Person an einem Ort wohnt oder nicht.

Ein spontaner, starker Impuls befiehlt der Briefträgerin jeweils: «Retournieren!». Widerstehend hängt sie stattdessen einen Zettel an die Haustür: «Wohnt hier im Hause Susi Bünzli?» Manchmal hat die Anfrage Folgen, und am nächsten Tag klebt ein handbeschriebener Zettel mit dem abgelegten Namen am Kasten. Manchmal erfolgt keine Reaktion. Dann schickt die Briefträgerin korrekterweise die Sendung zurück mit dem Vermerk «Empfänger konnte nicht ermittelt werden.»

CVP-Ständerat Baumann will kantonale Mindestlöhne aushebeln

Isidor, der Lohnkiller

Der neue Angriff auf die tiefsten Löhne kommt von CVP-Mann Isidor Baumann. FDP, SVP und CVP stehen in der ständerätlichen Kommission hinter dem Angreifer.

CLEMENS STUDER

In der Kirche und in der Politik sind Heuchlerinnen und Heuchler gut vertreten. Der nicht mehr angetretene Urner CVP-Ständerat Isidor Baumann kennt sich in beiden Milieus aus. Im September 2018 reichte er eine Motion ein mit dem heuchlerischen Titel «Stärkung der Sozialpartnerschaft bei allgemeinverbindlich erklärten Landes-Gesamtarbeitsverträgen». Sie ist ein Frontalangriff auf kantonale Mindestlöhne. Nicht weniger heuchlerisch als der Titel ist die Begründung seines Vorstosses. Baumann macht sich angeblich Sorgen um die Akzeptanz und Durchsetzbarkeit von Gesamtarbeitsverträgen. In Wahrheit geht es ihm allerdings darum, bestehende kantonale Mindestlöhne auszuhebeln. Diese sollten nämlich nicht gelten, wenn sie höher sind als Löhne, die in einem allgemeinverbindlich erklärten GAV stehen.

ABGEBLITZT

Hintergrund von Baumanns Vorstoss: die Mindestlöhne im Kanton Neuenburg. Diese wollten die Arbeitgeberverbände mit allen Mitteln verhindern. Das ist ihnen nicht gelungen – aber immerhin eine jahrelange Verzögerung haben sie erreicht. Die Neuenburgerinnen und Neuenburger sagten im November 2011 klar Ja zu einer Initiative. Seither steht der Mindestlohn in der Kantonsverfassung – als Grundsatz, ohne Angabe der Höhe. Im Mai 2014 legte das Neuenburger Kantonsparlament einen Betrag von 20 Franken fest, der jährlich an die Teuerung angepasst wird. Dagegen beschwerten sich Arbeitgeber und Einzelunternehmen beim Bundesgericht. Im August 2018 schmettete dieses die Beschwerden ab und setzte den Min-



ISIDOR BAUMANN: Der Urner Ex-CVP-Ständerat will keine Mindestlöhne. Obwohl diese Armut bekämpfen und verhindern, dass Leute trotz einer 100-Prozent-Anstellung auf Sozialhilfe angewiesen sind. FOTO: KEYSTONE

destlohn per sofort in Kraft. Die Richterinnen und Richter bestätigten damit auch das Recht der Kantone, sozialpolitische Massnahmen einzuführen. Und eine solche sind kantonale Mindestlöhne. Sie bekämpfen die Ar-

Auch der Bundesrat und die Kantone lehnen Baumanns Vorstoss ab.

mut und sollen Working Poor verhindern. Also Menschen, die trotz einer 100-Prozent-Stelle auf Sozialhilfe angewiesen sind, weil sie extrem tiefe Löhne haben.

VERLOREN – UNVERFROREN

Die Mindestlohngegner haben gegen das Volk verloren, sie haben im Parlament verloren, sie haben vor Bundesgericht verloren – aber sie bleiben unverfroren. Auf Branchenebene verweigert der Wirtverband GAV-Verhandlungen. Mit derselben Argumentation wie Isidor Baumann. Und der konnte jetzt kurz vor seinem Abgang aus dem Ständerat in der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) einen Erfolg verbuchen. Diese

empfiehlt dem Rat nämlich, Baumanns Lohnkiller-Motion anzunehmen. Mit 9 zu 3 Stimmen bei einer Enthaltung. In der 13köpfigen Kommission sitzen eine SPlerin und zwei SPler. Die Kommissionsmehrheit stellte sich damit nicht nur gegen die Gewerkschaften. Auch der Bundesrat und die Kantone lehnen Baumanns Vorstoss ab.

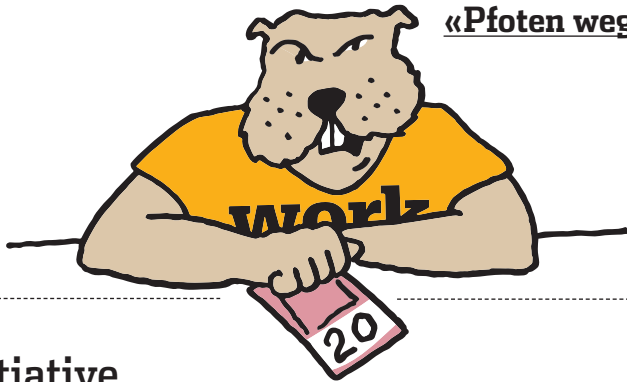
BASEL UND TESSIN?

Bisher gelten ein Mindestlohn von 20 Franken in den Kantonen Neuenburg und Jura. Auch die Tessinerinnen und Tessiner haben Ja gesagt zu einem kantonalen Mindestlohn. Im Moment wird noch um seine Höhe gestritten. In Basel-Stadt und in Genf sind Initiativen der Gewerkschaften

hängig, die einen Mindestlohn von Minimum 23 Franken verlangen.

Übrigens: Als die SGB-Initiative einen landesweiten Mindestlohn von 22 Franken forderte, betonten die Gegnerinnen und Gegner im Abstimmungskampf 2014 immer wieder: die Kantone könnten ja einen Mindestlohn einführen, der «die örtlichen Begebenheiten respektiert». Zu den Gegnern der Initiative gehörte auch Isidor Baumann, CVP-Ständerat aus dem Kanton Uri. Doch seine Motion will nun genau das sabotieren. Sie kommt jetzt in den Ständerat und danach in den Nationalrat. Wie hoch wohl dort der Heuchler-Index bei den Lohnkillern steigt?

Biberli meint: «Pfoten weg!»



10-Punkte-Plan der Gewerkschaften und AHV-Initiative

Mehr Geld für mehr Menschen

Die Menschen in der Schweiz haben immer weniger Geld im Portemonnaie. Der SGB hält mit einem konkreten 10-Punkte-Plan dagegen. Und der Initiative für einen AHV-Dreizehnten.

CLEMENS STUDER

Die zweite Säule steckt in der Krise: die BVG-Renten sinken seit Jahren, während die Arbeitnehmenden immer mehr Beiträge zahlen müssen. Besonders problematisch ist die Rentensituation der Frauen: Sofern sie überhaupt eine Pensionskassenrente erhalten, ist diese im Durchschnitt nur halb so hoch wie jene der Männer. Ganz besonders prekär ist die Lage der Frauen in Tieflohnbranchen: sie erhalten von der Pensionskasse nur 500 bis 800 Franken (alles zu den schockierenden Zahlen: **rebrand.ly/hungerrenten**). Die Hälfte aller, die 2017 pensioniert wurden, müssen mit weniger als 3600 Franken pro Monat über die Runden kommen. 10 Prozent der frisch Pensionierten müssen vom

ersten Tag an Ergänzungsleistungen beantragen, weil sonst das Geld nicht reicht.

AHV BESSER ALS BVG

Während die Pensionskassen für immer mehr Geld immer weniger leisten, ist die AHV relativ stabil. Weil sie im kostengünstigen und sozialen Umlageverfahren finanziert wird, ist sie nicht den Irrungen und Wirrungen des Finanzcasinos aus-

KRANKENKASSEN

Lesen Sie auch das **1x1 der Wirtschaft** über die **unerträgliche Prämienlast** S. 13

gesetzt. Und sie ist solidarisch finanziert, weil Grossverdienende mehr einbezahlen, als sie zurückbekommen. Wer also die Lage der Rentnerinnen und Rentner verbessern will, bekommt bei der AHV viel mehr fürs Geld als im BVG. Dort profitieren in erster Linie die Finanzindustrie und Bestverdienende. Darum hat der SGB-Kongress im vergange-

nen Dezember die Initiative für einen AHV-Dreizehnten beschlossen. Unterdessen ist der konkrete Text ausgearbeitet. Die SGB-Delegierten stimmten ihm am 15. November zu. Im Frühling startet die Unterschriftensammlung.

KAUFKRAFT STÄRKEN

Die Menschen in der Schweiz haben immer weniger Geld im Portemonnaie, dies unter anderem auch, weil die Krankenkassenprämien steigen. Ihre Kaufkraft sinkt also. Diese bezeichnet jenen Teil der Einnahmen, der übrigbleibt, wenn die wiederkehrenden Ausgaben (zum Beispiel Wohnkosten, Krankenkassenprämien usw.) beglichen sind. Was dann übrigbleibt, kann verkonsumiert oder gespart werden. Und das ist für die Mehrheit der Menschen in diesem Land immer weniger. Das ist nicht einfach lästig bis belastend für den Einzelnen, sondern schadet der Volkswirtschaft. Der private Pro-Kopf-Konsum sinkt. Das ist bereits heute der Fall, wenn man

die Gesundheitsausgaben ausklammert. Deshalb hat der SGB einen konkreten 10-Punkte-Plan für mehr Kaufkraft und eine sozialere Schweiz erarbeitet. Er will:

- Substantielle Lohnerhöhungen.
- Rasche Bekämpfung der Frauenlohndiskriminierung.
- Einen 13. Monatslohn für alle.
- Wesentliche Verbesserung bei der beruflichen Situation der Frauen (unter anderem müssen Betreuungsangebote Service public werden).
- Mehr Gesamtarbeitsverträge mit guten Mindestlöhnen und mehr Schutz für die Arbeitnehmenden.
- Eine 13. AHV-Rente.
- Ein besseres Preis-Leistungs-Verhältnis bei den Pensionskassen.
- Höchstens 10 Prozent des verfügbaren Einkommens für Krankenkassenprämien.
- Ausschüttung eines Teils der Nationalbankgewinne an die AHV.
- Höhere Familienzulagen.

Den detaillierten Massnahmenplan gibt's hier: **www.rebrand.ly/sgb-kaufkraft**

SAÚDE! Nach Feierabend stösst Adão Costa aus Portugal auf seine neu erstandene Niederlassungsbewilligung an.

FOTO: MATTHIAS LUGGEN



Wallis: C-Ausweis für Baubüezer Adão Costa (57)

Endlich Sieg, endlich Sicherheit!

Bauarbeiter Adão Costa aus Portugal kann feiern. Zwei Jahre lang hat er gemeinsam mit der Unia um seine Niederlassungsbewilligung gekämpft, die ihm zusteht. Doch das Migrationsamt in Sitten stellte sich quer.

PATRICIA D'INCAU

Bauarbeiter Adão Costa hatte die Hoffnung schon fast verloren. Doch Mitte November kam endlich die Erlösung: Er erhält den C-Ausweis, auf den er eigentlich längst ein Anrecht hätte. Und damit ein Stück mehr Sicherheit. Denn: Nach vierzehn Jahren in der Schweiz kann er sein Leben hier zum ersten Mal wirklich planen. Ohne die dauernde Sorge, irgendwann plötzlich vor dem Nichts zu stehen.

EINSAM UND TEMPORÄR

Als Costa seine Heimat Portugal verlässt, ist sein Sohn noch klein. Und seine Tochter noch nicht einmal geboren. Costa selbst ist in einer armen Familie aufgewachsen. Er erinnert sich: «Als Kind musste ich barfuss zur Schule.» Als er selber Vater wird, ist für ihn klar: Seiner eigenen Familie will er ein besseres Leben bieten. Doch die Löhne in Portugal sind tief. Also geht Bauarbeiter Costa ins Ausland. Zuerst nach Deutschland, danach in die Schweiz. Seine Frau und die beiden Kinder sieht er von da an nur noch vier Mal im Jahr. Doch Costa sagt: «Alles was ich tue, tue ich für sie.»

Als der Büezer 2005 in die Schweiz kommt, wird er als Kurzaufenthalter registriert und bekommt einen L-Ausweis. Weil er einen Arbeitsvertrag hat, der nicht länger als 12 Monate dauert. Doch nach der ersten befristeten Stelle bekommt Costa die nächste. Er zieht in eine Wohnung nach Visp. Zahlt Miete und Krankenkasse. Jeden Morgen um 6 Uhr fährt Costa auf die Baustelle. Was er genau macht? «Alles», sagt Costa.

«Das Amt hat gehofft, dass wir aufgeben. Aber es hat sich geirrt!»

EX-UNIA-FRAU CLARA SOFIA DE MATOS CARVALHO

Was eben gerade so anfällt: Strassenbau, Schalungen, schaufeln und pikeln. Die Arbeit auf dem Bau sei streng. Aber: «Die Arbeit kann noch so hart sein: das Schlimmste ist die Einsamkeit, das Leben ohne die Familie.» Dazu kommt die tägliche Unsicherheit. Costa sagt: «Mit einer L-Bewilligung bist du immer temporär.» Bis zu vier Mal im Jahr muss diese Bewilligung neu beantragt werden.

ES HAT SYSTEM

Aus Costas ersten Monaten in der Schweiz werden schliesslich Jahre. Doch sein Aufenthaltsstatus ändert sich nie. Einmal beantragt der Bauarbeiter zwar einen B-Ausweis (als Vorstufe zum C-Ausweis). Damit könnte er eine Aufenthaltsbewilligung für 5 Jahre bekommen. Aber das Walliser Migrationsamt prüft das Gesuch nicht einmal – und stellt Costa einfach wieder eine kurze L-Bewilligung aus.

Bei der Unia Wallis weiss man: So ergeht es im Aprikosenkanton praktisch allen, die ein Gesuch stellen. Das Problem sind aber nicht nur die Behörden, sondern oft auch die Firmen.

Eine, die das weiss, ist Ex-Unia-Sekretärin Clara Sofia de Matos Carvalho. Sie hat Costa und viele andere Arbeiter im Wallis begleitet und erklärt: «Die meisten Menschen sind nur für die Saison angestellt. Und wenn sie doch einen längeren Arbeitsvertrag haben, dann dauert er genau 363 Tage.» Und das bedeute: Es fehlen zwei Tage für die Jahresstelle, die sie brauchten, um schon mal eine B-Bewilligung zu beantragen. Für de Matos ist klar: «Das hat System.»

Schliesslich probiert es Adão Costa noch auf einem anderen Weg. Denn von Unia-Frau de Matos erfährt er: Vor fast 30 Jahren haben die Schweiz und Portugal eine Vereinbarung unterschrieben. Die besagt: Wer mindestens 5 Jahre lang ordnungsgemäss und ununterbrochen im jeweils anderen Land lebt und arbeitet, hat das Recht auf eine C-Bewilligung. Und zwar auch dann, wenn er vorher nur eine L-Bewilligung hatte (siehe Box).

DER WEG DURCH DIE ÄMTER

Im Februar 2018, kurz vor seinem Geburtstag, reicht Costa dieses neue Gesuch ein. Die Unia unterstützt ihn, der

C-Ausweis: So funktioniert's

Die Niederlassungsbewilligung C ist der höchste Aufenthaltstitel für Migrantinnen und Migranten in der Schweiz. Im Gegensatz zur kurzen L-Bewilligung und zur längeren B-Bewilligung garantiert sie ein unbegrenztes und uneingeschränktes Aufenthaltsrecht.

VON L AUF C – OHNE B. Vom tiefen L direkt auf ein hohes C? Das scheint auf den ersten Blick unmöglich. Aber es geht. Dann nämlich, wenn die betroffene Person aus einem der 17 Staaten kommt, mit denen die Schweiz sogenannte Niederlassungsvereinbarungen hat. Sie halten explizit fest: Wer fünf Jahre ununterbrochen in der Schweiz gelebt und gearbeitet, keine Schulden und strafrechtlichen Verurteilungen sowie keine Sozialhilfe bezogen hat, hat ein Anrecht auf eine C-Bewilligung. Egal, ob vorher ein L oder ein B im Ausweis stand.

Im Fall von Adão Costa aus Portugal wurde dieses Recht nun durchgesetzt. Unia-Migrationsfachfrau Marília Mendes rät: «Wer schon mehrere Jahre mit einer L-Bewilligung in der Schweiz lebt, sollte sich unbedingt informieren.» Entweder beim kantonalen Migrationsamt oder beim zuständigen Unia-Sekretariat in der Region. (pdi)

Zürcher Anwalt Marc Spescha übernimmt den Fall. Das Walliser Migrationsamt soll den Antrag prüfen. Doch dort passiert erst einmal: nichts.

Als nach Monaten immer noch keine Antwort da ist, droht Spescha mit rechtlichen Schritten. Da vermeldet das Amt: Ein Wechsel von der L direkt auf die C-Bewilligung sei nicht möglich. Dass es ein rechtlich verbindliches Abkommen gibt, ignoriert die Behörde. Sie macht sich zuerst nicht einmal die Mühe, eine formal korrekte Absage zu schicken.

Von da an beginnt der steinige Weg durch die Instanzen. Erst über ein Jahr nach der Gesuchseingabe befiehlt der Walliser Regierungsrat dem Migrationsamt endlich: Es müsse Costa die C-Bewilligung erteilen.

Das letzte Wort hat allerdings das Staatssekretariat für Migration (SEM). Die Walliser Behörde muss das Gesuch nach Bern schicken. Doch wieder bummelt das Migrationsamt. Erst nach drei weiteren Monaten sind die Akten endlich da. Das SEM gibt grünes Licht. Für Costa ist das die Erlösung. Er sagt: «Von mir ist eine riesige Last gefallen.»

Zwar durfte er seinen neuen Ausweis bis jetzt noch nicht in den Händen halten. Das Migrationsamt lässt ihn weiter zappeln. Doch eines ist jetzt sicher: Die Walliser Behörden müssen ihm das Papier aushändigen – ob es ihnen passt oder nicht. Das freut auch Ex-Unia-Sekretärin de Matos. Sie erklärt lachend: «Das Walliser Migrationsamt hat vermutlich gehofft, dass wir aufgeben. Aber da haben sie sich geirrt!»

DER ERFOLG

Für Adão Costa und die Unia ist es ein wichtiger Sieg. Auch wenn es dem Büezer selbst nur noch begrenzt nützt. Denn: In fast zwei Jahren kann er sich pensionieren lassen. Als Bauarbeiter profitiert er von der Frührente mit 60. Trotzdem freut sich Costa. Denn sein Fall macht klar: Die zwischenstaatliche Vereinbarung gilt. Und damit können nun andere Arbeitsmigrantinnen und -migranten im Wallis hoffen, ohne Umweg eine C-Bewilligung zu bekommen.

Und worauf freut sich der künftige Rentner am meisten? Er sagt: «Auf die Familie.» Sein Sohn ist inzwischen 29 und Elektroingenieur. Die 20jährige Tochter macht eine Ausbildung zur Physiotherapeutin. Costa sagt: «Dank der Arbeit in der Schweiz konnte ich meinen Kindern ein Studium ermöglichen.» Doch er weiss auch: Die Jahre ohne den Vater waren auch für sie hart. Zwar hätten sie jeden Tag miteinander telefoniert und seien in den Ferien zusammen gewesen. Aber: «Nichts kann die Zeit, die wir nicht zusammen verbrachten, wettmachen.»

Rahmenabkommen EU – Schweiz Die Turbos begreifen’s nicht

Kaum waren die Wahlen vorbei, drängten sie wieder, die Rahmenabkommen-Turbos: Der Vertrag zwischen der Schweiz und der EU müsse schnell abgeschlossen werden, fordern sie. Ausgehandelt hatte diesen vor mehr als einem Jahr Bundesrat Ignazio Cassis. Er gab dabei unter anderem den Lohnschutz zum Abbau frei – entgegen der Position des Bundesrates.



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

Doch die Gewerkschaften wehrten sich gegen diesen miesen Deal und werden seither als «Verhinderer», «ewige Blockierer» beschimpft.

Cassis wird unterstützt vom Wirtschaftsdachverband Economiesuisse, von Politikerinnen und Politikern vieler Couleur und von den vielen Meinungsmachern in den Medien. Seit einem Jahr wiederholen sie mantramässig: Der Rahmenvertrag, der auf dem Tisch liege, sei der bestmögliche. Die EU werde ihn nicht nachverhandeln.

Würden wir nicht schnell unterschreiben, beschliesse die EU weitere Strafmassnahmen gegen die Schweiz. Das sind falsche Behauptungen.

HIESIGE TURBOS. Auch gegenüber der britischen Regierung sagte die EU immer, Nachverhandlungen gebe es nicht. Jetzt hat sie doch nachverhandelt. Zudem hat in Brüssel bezüglich der Schweiz ein Umdenken begonnen. Langsam versteht man dort, was die hiesigen Turbos nicht kapieren: dass wir in der Schweiz zuerst die gefährliche Schwexit-Initiative der SVP versenken müssen, die im Mai 2020 vors Volk kommt. Denn sie verlangt den Ausstieg der Schweiz aus der Personenfreizügigkeit und damit aus allen bilateralen Verträgen mit der EU. Dass Strafmassnahmen der EU gegen die Schweiz jetzt das Dümme wären, weil sie die EU-feindlichen Kräfte stärken würden, verstehen unsere Nachbarn. «Keine Eskalation!» sagt drum der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann. Zusammen mit seinen Regierungskollegen aus Bayern, Vorarlberg, dem Elsass und Savoyen. Gut so.

KOHÄSIONSMILLIARDE. Und wie kann die Schweiz ihrerseits zur Deeskalation beitragen? Sie könnte endlich die sogenannte Kohäsionsmilliarde freigeben, die ein Ausgleichsbeitrag für ärmere Regionen in Europa ist. Und dann im nächsten Sommer, wenn die SVP-Initiative hoffentlich vom Tisch ist, mit der EU über den Erhalt des Lohnschutzes und anderes mehr nachverhandeln.



Umfrage in der Uhrenindustrie

Der Gesamtarbeitsvertrag (GAV) der schweizerischen Uhren- und Mikrotechnikindustrie wird bald erneuert. An unserer Umfrage können Angestellte anhand von acht Themen über ihre Arbeitsbedingungen Auskunft geben. Machen Sie mit. Zur Umfrage:

www.unia.ch/umfrage-uhrenindustrie

St. Galler Bau-Gauner: Millionen-Betreibungen und noch mehr Geprellte im Fall Bächtold

«Ein äusserst struber Fall»

Vor zwei Wochen enthüllte work die Lohn-Gaunereien von SRI-Hauptaktionär und Immo-Chef Daniel Bächtold und seiner Baumanagement-Bude. Das förderte abermals dubiose Machenschaften zutage.

JONAS KOMPOSCH

In letzter Sekunde schickte Daniel Bächtold noch seinen Anwalt los. Der sollte unbedingt verhindern, dass im «St. Galler Tagblatt» ein Artikel über die dubiosen Machenschaften seiner SRI Baumanagement AG erscheint. Niemand sollte von der um mehrere Monatslöhne geprellten und dann entlassenen SRI-Belegschaft erfahren. Und auch nicht von den rumänischen und tschechischen Bauarbeitern, denen die SRI noch Tausende Franken schuldet. Doch der Anwalt scheiterte. Das «Tagblatt» druckte die Geschichte – und zwar auf einer Doppelseite. Tags darauf machte work weitere Gaunermethoden der SRI publik und zeigte erstmals auch ein Foto von Hauptaktionär und De-Facto-Chef Bächtold (siehe rebrand.ly/entlarvt). Seither stehen leider immer noch sämtliche Löhne aus. Aber immerhin lösten die brisanten Enthüllungen Reaktionen aus.

So spielte ein unbekannter Kurier work einen Betreibungsregisterauszug über die SRI zu. Dieser zeigt, wie umfassend der Bschiss der Baufirma ist: Über 40 Gläubiger fordern zusammen rund eine Million Franken! Kleine Handwerksfirmen warten ebenso auf ihr Geld wie grosse Generalbauunternehmen. Und auch der öffentlichen Hand fehlen Hunderttausende Franken, namentlich den Sozialversicherungen Appenzell Ausserrhoden, der Suva, den Steuerverwaltungen der Kantone Neuenburg, St. Gallen sowie der Städte Arbon und St. Gallen und der Eidgenossenschaft.

So massiv die Schulden, so dreist die Reaktion der SRI: Sie blockiert die Betreibungen ganz einfach per Rechtsvorschlag. Ein solcher kostet nichts, braucht keine Begründung und hat für den Schuldner den Vorteil, dass er Zeit gewinnt und der Gläubiger nun bis vor Gericht ziehen muss.

NOCH MEHR GEPRELLTE

Nach den work-Enthüllungen meldete sich auch die Gewerkschaft Syna. Sie lässt wissen, dass auch sie einen «äusserst struben Fall» im Zusammenhang mit Bächtolds



ER IST'S! Skandal-Bauunternehmer Bächtold scheut das Licht, erstmals zu sehen war sein Kopf im letzten work.

Immo-Imperium bearbeite. Dazu Syna-Sekretär Daniel Zoričić: «Eines Tages klopfen 16 rumänische Arbeiter bei uns an. Allen fehlen bis zu zwei Monatslöhne.» Höchst entlarvend waren dabei die Anstellungsverhältnisse der Rumänen. Zoričić fand nämlich heraus, dass sie erst für die SRI Baumanagement AG tätig waren, aber plötzlich – und ohne Kündigung – an die CPI Immobilien AG weitergereicht und von dieser unter Vertrag genommen wurden.

Damit nicht genug: «Trotz den Arbeitsverträgen mit der CPI zahlte monatelang die SRI die

Über 40 Gläubiger fordern zusammen rund eine Million Franken.

Löhne!» Erstaunlich ist das nur auf den ersten Blick. Denn die CPI ist wie die SRI ein Vehikel unter Bächtolds Kontrolle und gehört zu seinem undurchsichtigen Firmengeflecht. Allein die CPI hat in wenigen Jahren viermal den Namen, siebenmal den Firmensitz und fast so oft den Verwaltungsrat gewechselt. Diesen bekleideten stets Strohmannen Bächtolds, mehrmals auch rumänische Baubüezer.

Syna-Mann Zoričić jedenfalls fordert von der CPI insgesamt 380 000 Franken und hat die Betreibung eingeleitet. Er erwartet eine Konkurseröffnung im neuen

Jahr. Erst dann könnten die ausstehenden Lohnforderungen durch eine Insolvenzenschädigung – das heisst durch die öffentliche Hand – gedeckt werden.

KALKULIERTER KONKURS

Gleich wie der CPI dürfte es der Pleitefirma SRI ergehen. Ob aber eine Nachlassstundung gewährt oder ob der Konkurs über sie verhängt wird, will das Kreisgericht St. Gallen auf Anfrage nicht sagen. Bloss so viel: Es seien in den letzten Tagen zahlreiche diesbezügliche Fragen eingegangen. Keine Auskunft gibt auch die St. Galler Staatsanwaltschaft über allfällige Verfahren gegen die Hintermänner des dubiosen und möglicherweise betrügerischen Firmengeflechts.

Eines jedenfalls ist klar: Mit einem Konkurs kämen sowohl die SRI als auch die CPI ziemlich billig davon, denn wertvolle Maschinen oder Immobilien, die als Konkursmasse verschербelt werden könnten, sind kaum mehr vorhanden. Eine günstige Lösung wäre der Konkurs insbesondere für Daniel Bächtold, der offiziell nur Aktionär ist und als solcher allein nicht mit seinem Privatvermögen haften würde. Und schliesslich ist eine Ersatzfirma für die SRI längst eröffnet und wirtschaftet in St. Gallen bereits munter drauflos. Trotzdem will die SRI einen Konkurs unbedingt noch abwenden. Denn sie

schießt noch auf über 3 Millionen Franken, die sie in einem laufenden Rechtsstreit gegen die Pensionskasse der SBB herausholen will.

Dass eine Mischlerei wie im Fall SRI/CPI und ein solcher Missbrauch des Konkursverfahrens überhaupt möglich sind, liegt an der laschen Gesetzgebung im Strafrecht, im Obligationenrecht und im Schuldbetreibungs- und Konkursrecht.

NATIONALRAT HANDELT

Das hat das Parlament zwar schon Anfang 2012 erkannt und den Bundesrat mit einer Gesetzesänderung beauftragt. Doch dieser liess sich bis Ende Juni 2019 Zeit, um einen entsprechenden Entwurf vorzulegen. Unia-Industriechef Corrado Pardini hat kein Verständnis für diese Gemütlichkeit. Denn: «Die Sozialpartner und eine parteiübergreifende Parlamentsmehrheit haben das Problem längst erkannt und benannt.» Und noch aus einem Grund sei die Wartezeit von über 8 Jahren stossend: «Wenn man nämlich vergleicht, wie präsent der Bundesrat jeweils bei Steuersenkungen aufs Gaspedal drückt!» Pardini hat nun jedenfalls etwas nachgeholfen und im Nationalrat eine zusätzliche Motion durchgebracht. Sie verlangt ein griffiges Gesetz gegen den Handel mit überschuldeten Gesellschaften und gegen betrügerische Kettenkonkurse.

Lohnverhandlungen: Das sind die neuen Abschlüsse



Gewerbe: Lohnsprung für Isolierspengler-Lernende

Gleich in vier Branchen des Gewerbes hat die Unia, meist zusammen mit der Gewerkschaft Syna, Verbesserungen ausgehandelt:

Im **Isoliergewerbe** gibt es massiv höhere Löhne für Lernende. Im dritten Lehrjahr steigt der Lohn um ganze 700 auf neu 1850 Franken. Für alle anderen Mitarbeitenden gibt es nächstes Jahr 25 Franken mehr Lohn, plafoniert bis zu einem Lohn von 5625 Franken.

Im **Metallgewerbe** und in der **Gebäude-technik** steigt die Lohnsumme um

1 Prozent, die Verteilung erfolgt individuell. In der Gebäudetechnik müssen die Delegierten der Arbeitgeber das Resultat noch bestätigen (nach Redaktionschluss).

Im **Carrosseriegewerbe** werden die Mindestlöhne angehoben: Für Arbeiterinnen und Arbeiter mit eidgenössischem Fähigkeitszeugnis gilt neu ein Mindestlohn von 4450 Franken (plus 150 Franken). Mit Berufsattest ist der Mindestlohn neu 3950 Franken (plus 75 Franken), ohne Ausbildung 3850 Franken (plus 50 Franken). (che)

Feldschlösschen und Fenaco: Mehr Lohn

Mehr Lohn für Bierbrauerinnen und Volg-Verkäufer: Feldschlösschen und die Genossenschaft Fenaco (u.a. Volg, Landi, Agrola, Ramseier) haben sich mit den Gewerkschaften auf eine Erhöhung der Lohnsumme geeinigt. Bei **Feldschlösschen** sind es plus 0,75 Prozent, bei **Fenaco** plus 1,1 Prozent. Die Lohnerhöhungen erfolgen individuell.

Bei Feldschlösschen steigt zudem der Mindestlohn um 100 auf neu 4200 Franken, und der Mutterschaftsurlaub wird ab dem 3. Dienstjahr verlängert, von 14 auf 16 Wochen. (che)



Skandal: Jura setzt auf Billiganbieter, und Bus-Chauffeur Froidevaux zittert um Job «Die spielen mit uns»

Das gab's noch nie: Der Kanton Jura schreibt sämtliche Buslinien neu aus – ohne GAV-Pflicht, überhaupt ohne Schutz vor Lohndumping.

CHRISTIAN EGG

Chauffeur Jean-Charles Froidevaux schaut genau hin. «Mach deinen Sicherheitsgurt zu», sagt er einem Jungen in der zweiten Sitzreihe des Schulbusses. Dann geht's los. Gut zehn Kinder bringt er von Saignelégier in den jurassischen Freibergen nach Hause. Es ist drei Uhr nachmittags, seine letzte Fahrt für heute. Angefangen hat er morgens um sechs mit dem Linienbus Saignelégier–Glovelier wie fast jeden Tag. Bevor er Bus-Chauffeur wurde, fuhr Froidevaux 25 Jahre lang Lastwagen für die Post. «Es hat mir immer gut gefallen, auf der Strasse unterwegs zu sein», sagt der 49jährige. Doch jetzt macht er sich definitiv Sorgen.

DAS GROSSE GELD LOCKT

Denn der Kanton Jura hat alle 38 Buslinien auf Kantonsgebiet öffentlich ausgeschrieben. Um Kosten zu sparen und «die Effizienz zu verbessern», so der Regierungssprecher gegenüber work. Im Frühling will die Regierung entscheiden, welche Firma den Zuschlag bekommt. Dabei geht es um viel Geld: Die Konzession, zehn Jahre ab Dezember 2021, bringt einen Umsatz von über 200 Millionen Franken. Finanziert vom Bund, den Kantonen Jura und Bern, den Gemeinden und den Passagieren.

Diese Summe lockt auch ausländische Firmen an, etwa die französische RATP. Die Pariser Verkehrsbetriebe expandieren seit Jahren. Sie betreiben Buslinien in London, das ganze Busnetz der US-Stadt Austin oder die Trams in Hongkong. Auch in der Schweiz ist RATP bereits mit einer Tochtergesellschaft präsent: 120 Mitarbeitende fahren Stadtbusse in Genf (mit tieferen Löhnen als bei den städtischen Verkehrsbetrieben) oder Schulbusse in der Waadt.

Noch ist Chauffeur Froidevaux, der seinen Schulbus zügig und routiniert durch die schon schneebedeckte jurassische Landschaft steuert, von den Chemins de Fer du Jura angestellt. Diese gehören den Kantonen Jura, Bern und

Neuenburg und haben einen Gesamtarbeitsvertrag. Rund 5500 Franken pro Monat beträgt der Durchschnittslohn einer Fahrerin oder eines Fahrers.

GEFÄHRLICHES EXPERIMENT

Froidevaux ist Mitglied der Transportgewerkschaft SEV. Noch vor zwei Jahren war er zuversichtlich. Zusammen mit Kolleginnen und Kollegen sammelte er Unterschriften für eine Petition, unterstützt von den Gewerkschaften SEV und Syndicom. Die Forderung: Der Kanton solle die neuen Betreiber der Buslinien verpflichten, einen GAV abzuschliessen. 4000 Personen unterschrieben – doppelt so viele, wie im Kanton für eine Initiative nötig wären. Kurz darauf stimmte auch das Kantonsparlament für eine Motion mit dem gleichen Inhalt. Froidevaux: «Da dachten wir, es wird alles halb so schlimm.» Doch es kam anders.

Diesen Sommer veröffentlichte der Kanton die Kriterien für die Ausschreibung. Die Firma, die den Zuschlag bekommt, muss zwar die Fahrzeuge übernehmen, aber nicht die Chauffeurinnen und Chauffeure. Und es gibt keine GAV-Pflicht, ja überhaupt gar keinen Schutz vor Lohndumping. Das Dokument erwähnt nur den Mindestlohn des Bundesamts für Verkehr. Dieser beträgt nicht einmal 4500 Franken. Jean-Charles Froidevaux macht sich keine Illusionen: «Die neuen Löhne könnten bis zu 30 Prozent tiefer sein als heute.»

«Die neuen Löhne könnten 30 Prozent tiefer sein als heute.»

JEAN-CHARLES FROIDEVAUX, CHAUFFEUR

Er hält seinen Schulbus an einer Kreuzung im Nirgendwo. Ein kleines Mädchen sollte hier von seiner Mutter abgeholt werden. Doch die ist verspätet. «Weisst du was», sagt Froidevaux, «bleib im warmen Bus, und ich lade dich auf dem Rückweg ab.»

AUSGERECHNET DER JURA!

Dass ein Kanton so viele Buslinien aufs Mal öffentlich ausschreibt, gab es noch nie in der Schweiz. Christian Fankhauser vom SEV sagt, andere Kantone hätten bisher nur einzelne Linien ausgeschrieben, «höchstens einmal drei aufs Mal.» Ausgerechnet der Kanton Jura wage nun ein Experiment mit ungewissem Ausgang,

kritisiert Fankhauser. «Bisher schaute die jurassische Regierung gut zur Bevölkerung. Und jetzt das!» Und verantwortlich dafür ist ausgerechnet ein Transportminister mit «sozial» im Parteinamen, David Eray von den Christlich-Sozialen. Er regiert zusammen mit zwei CVPlern, einer SPlerin und einem FDPler.

BIS AN DIE GRENZE

Unterdessen ist Froidevaux in Goumois angekommen, am Ende seiner Strecke. Er hält kurz vor der Brücke über den Doubs, dahinter liegt Frankreich. «Wenn die RATP Grenzgänger aus Frankreich anstellen würde – die würden solche Löhne wohl akzeptieren», sagt er. Und er? «Ich wage gar nicht daran zu denken.» Ja, die ungewisse Zukunft mache ihm Angst, sagt der Vater einer neunjährigen Tochter auf dem Rückweg. Machtlos fühle er sich – «die spielen mit uns».

An der verlassenen Kreuzung steht jetzt die Mutter des Mädchens. Froidevaux steigt mit seiner kleinen Passagierin aus, hilft ihr über die Strasse. Obwohl weit und breit kein Auto in Sicht ist. Sicher ist sicher.

Protest: Kanton soll Löhne schützen



Chauffeur Froidevaux (Mitte) an der Demo in Delémont. FOTO: VIVIAN BOLOGNA

Rund 150 Personen haben am 27. November vor dem jurassischen Kantonsparlament in Delémont demonstriert – die bisher grösste Protestaktion der Chauffeurinnen und Chauffeure im Jura. Einen Tag vor Ablauf der Eingabefrist für die Ausschreibung forderten sie: Der Kanton soll nur Unternehmen berücksichtigen, die nicht auf Kosten des Personals und der Arbeitsbedingungen sparen. (che)



DANKE, PIERRE!

Es war ein kühler Herbstmorgen, als wir uns zuletzt trafen im kleinen Café gegenüber dem Bahnhof von Nyon. Pierre Krähenbühl war zu Besuch bei seiner Familie, die in einem kleinen Dorf am Jurafuss lebt. Pierre war einer der lebendigsten und klügsten Studenten, die ich je hatte. Heute ist er ein Freund. Wir redeten über Palästina, über das Gemetzel in Syrien und über das Palästinenserhilfswerk der Uno, die

Die Schande der Schweiz heisst Ignazio Cassis.

ich diese persönlichen Diffamierungen und die Sabotage des Hilfswerks durch israelische und amerikanische Diplomaten noch aushalte.»

ERZWUNGENER RÜCKTRITT. Im letzten Juli begann die soundsovielte Administrativuntersuchung gegen Pierre und seine engsten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dabei erhärtete sich keiner der Vorwürfe einer internen Untersuchungskommission. Trotzdem trat Pierre Anfang dieses Monats zurück. Das Hilfswerk wurde 1949 von der Uno gegründet. Damals waren 750 000 Palästinenserinnen und Palästinenser von israelischen Terrorgruppen aus ihrer Heimat vertrieben worden. Heute kümmert sich die UNRWA um 5,6 Millionen Menschen, die in fünf Ländern im Exil leben. Ihr Recht auf Rückkehr in ihr Land anerkennt die Uno seit über sechzig Jahren. Die UNRWA leistet Nahrungsmittelhilfe für Hunderttausende, sie unterhält 900 Schulen und Gewerbebetriebe für Lehrlinge, leitet Hunderte Spitäler. Ihr Budget übersteigt 1,2 Milliarden Dollar, dabei fehlen ihr in diesem Jahr noch 89 Millionen.

Die Menschen in Westeuropa haben meist keine Ahnung von den Leiden des palästinensischen Volkes. Im seit 2006 von Israel hermetisch abgeriegelten Ghetto von Gaza überleben auf 352 Quadratkilometern 2,8 Millionen Menschen unter schlimmsten Bedingungen. 85 Prozent von ihnen sind Flüchtlinge. Yarmouk im Süden von Damaskus war bis 2013 das grösste Palästinenserlager der Welt, mit über 200 000 Flüchtlingen. Im seit März 2011 wütenden Krieg verhielten sich die Flüchtlinge absolut neutral. Doch 2013 eroberten Jihadisten das Lager. Das syrische Regime blockierte daraufhin alle Zugänge, und die UNRWA musste die Lieferung von Nahrungsmitteln und Medikamenten einstellen. Viele Tausende verhungerten, starben an Epidemien oder versuchten die Flucht ins benachbarte Libanon. Heute beherbergt Yarmouk noch 16 000 Flüchtlinge.

DER VERRAT. Die Schande der Schweiz heisst Ignazio Cassis. Seine Missetaten hat Clemens Studer kürzlich im work aufgelistet (**rebrand. ly/cassis**). Besonders schlimm ist sein Verrat an Pierre Krähenbühl, dem bis anhin höchsten Schweizer Uno-Beamten. Cassis hat öffentlich gegen das Rückkehrrecht der Palästinenser argumentiert, er stoppte die Zahlungen der Schweiz an die UNRWA und will letztlich die ganze Organisation auflösen. Am 11. Dezember sind Bundesratswahlen. Dann – so ist zu hoffen – sollte Cassis aus dem Aussenministerium und wenn möglich aus dem Bundesrat entfernt werden. Dem mutigen Pierre Krähenbühl gehört heute unsere Bewunderung und unser Dank.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein jüngstes in Deutsch erschienenes Buch heisst: «Was ist so schlimm am Kapitalismus? Antworten auf die Fragen meiner Enkelin».

DHL gelobt Besserung:
**Schluss mit
Gratisarbeit**

Der Druck der Unia hat gewirkt: Der Päckliendienst DHL will jetzt seinen Subunternehmen genauer auf die Finger schauen.

CHRISTIAN EGG
Gratisarbeit, dubiose Subunternehmer und eine ungerechtfertigte Entlassung: Nachdem die Unia diesen Frühling die Missstände bei DHL bekanntgemacht hat, bewegt sich der Päckliendienst jetzt. In einer Vereinbarung mit der Unia verpflichtet sich DHL, die Bedingungen für die Fahrerinnen und Fahrer zu verbessern.

Im Zentrum der Probleme stand das Geschäftsmodell von DHL, das Ausliefern von Paketen an Subunternehmen weiterzugeben. Bei diesen herrschten aber teils miserable Bedingungen. So mussten Päcklifahrer des Genfer Subunternehmens HAS rund zwölf Stunden pro Tag arbeiten – bezahlt wurde aber nur ein normaler Arbeitstag von acht Stunden, also arbeiteten sie jeden Tag vier Stunden gratis. Wer aufmuckte, wurde vom Chef blöd angemacht.

AUF DIE STRASSE GESTELLT. Als DHL im Februar 2019 die Zusammenarbeit mit HAS einstellte, entliess deren Geschäftsführer alle zwölf Fahrer und tauchte ab. Und das nicht zum ersten Mal: Vorher hatte er schon zweimal als DHL-Subunternehmer eine Firma konkursgehen lassen und Fahrer geprellt. DHL, der Weltkonzern im Besitz der Deutschen Post (eine halbe Million Mitarbeitende weltweit), schwieg damals zu seiner Verantwortung bei der Auswahl seiner «Partnerfirmen» (work berichtete).

Doch im Mai sorgte bereits das nächste Subunternehmen der DHL für negative Schlagzeilen. Es hiess Signal Services, war nur wenige Monate zuvor gegründet worden und hatte einen Teil der Fahrer, die bei HAS ihre Stelle verloren hatten, eingestellt. Doch jetzt stellte die Firma einen von ihnen ohne Angabe von Gründen auf die Strasse. Laut Umberto Bandiera von der Unia Genf hatte der Fahrer alleine im April 70 bis 80 Überstunden leisten müssen: «Die Firma befürchtete wohl, er wolle diese Stunden erstattet bekommen. Stattdessen zog sie es vor, den Fahrer, ein aktives Unia-Mitglied, zu entlassen.» Die Unia focht die Kündigung als ungerechtfertigt an. Mittlerweile hat die Firma dem Fahrer immerhin eine Entschädigung bezahlt.

AB DIE POST! DHL ist jetzt nicht mehr nur schnell, sondern auch fairer unterwegs. FOTO: SHUTTERSTOCK.

DHL PASST VERTRÄGE AN. Solche Geschichten sollen jetzt nicht mehr vorkommen. Die Vereinbarung mit der Unia sieht unter anderem eine transparente Erfassung der Arbeitszeit vor – für alle DHL-Subunternehmer in der Schweiz. Alle Fahrerinnen und Fahrer erhalten monatlich eine Abrechnung ihrer geleisteten Arbeitsstunden. Bandiera: «Damit ist Schluss mit unbezahlten Überstunden.» Auch im Umgang mit den Subunternehmen hat sich DHL verpflichtet, genauer hinzuschauen. Die Firma habe das Problem intern analysiert, sagt Bandiera, «und sie ist zum selben Ergebnis gekommen wie die Unia.» Bisher seien die Verträge mit den Subunternehmen sehr vage gewesen, was die Rechte der Mitarbeitenden angeht. Jetzt habe DHL sämtliche Verträge modifiziert. Neu kann DHL von jedem Subunternehmen detaillierte Angaben verlangen, wenn der Verdacht besteht, dass dieses sich nicht an die gesetzlichen Bestimmungen hält. DHL habe zudem eingewilligt, den sozialpartnerschaftlichen Dialog mit der Unia fortzusetzen, so Bandiera: «Wir bleiben dran und werden die Umsetzung dieser Vereinbarung genau kontrollieren.»

FAHRER KLAGEN VOR GERICHT. Von der Einigung nicht betroffen sind Ansprüche aus der Vergangenheit. Sechs Fahrer haben ihre unbezahlten Überstunden und andere entgangene Leistungen vor Arbeitsgericht eingeklagt. Bandiera: «Wir unterstützen sie dabei und sind zuversichtlich, dass sie zu ihrem Recht kommen werden.»

Gewerkschafterin Liliane Valceschini (†82) ist gestorben:
Adieu, Madame Frauenstreik!

Eine bescheidene Heldin ist gegangen: Liliane Valceschini hatte die Idee für den ersten Frauenstreik 1991. Eine Idee, die die Schweiz veränderte. Nun ist die Uhrenarbeiterin tot.

PATRICIA D'INCAU
Liliane Valceschini war eine Kämpferin. Eine höfliche Kämpferin, mit einem ansteckenden Lachen, wie work-Redaktor Oliver Fahrni 2011 erfuhr. Er traf die Uhrenmacherin in ihrem Zuhause in Yverdon VD, wo sie bis zuletzt gelebt hat. Rund fünfzig Autominuten vom jurassischen Vallée de Joux entfernt, wo Valceschini den Grossteil ihres Lebens verbrachte – und von wo aus sie 1990 die Schweiz veränderte.

EINE SCHLAFLOSE NACHT

Es war nach einer Sitzung, als die Gewerkschafterin den Geistesblitz hatte. «Warum nicht streiken?» fragte sie sich, nachdem sie mit ihren Kolleginnen von der lokalen Smuv-Sektion (heute Unia) diskutiert hatte. Darüber, dass Frauen noch immer weniger verdienten als Männer, obwohl die Lohngleichheit schon 10 Jahre in der Verfassung stehe. Darüber, dass Frauen in der AHV schlechtergestellt sind als Männer. Und darüber, dass die Frauen eine Doppelbelastung zu tragen haben – durch die Lohnarbeit in der Fabrik und die unbezahlte Hausarbeit daheim.

Valceschini, die ihr Leben lang in der Fabrik gearbeitet und gleichzeitig drei Söhne grossgezogen hatte, lag in dieser Nacht lange wach. Sie malte sich aus, wie das wäre: Wenn alle Frauen in der Schweiz einen Tag lang nicht arbeiten würden. Streiken würden. Ein Gedankenspiel, das sie später zum Streikaufruf machte. Er hiess: «Und wenn Mama streiken würde...»

EIN WICHTIGES GESPRÄCH

Dann ging alles sehr schnell. Valceschini entschied sich, mit Smuv-Chefin Christiane Brunner zu reden. Und sagte ihr: «Christiane, ich bin wütend.» Dann präsentierte sie ihr die Idee. Brunner gefiel sie – und der Frauenstreik



LILIANE VALCESCHINI: Ohne die Uhrenarbeiterin aus dem Jura hätte es keinen Frauenstreik gegeben. FOTO: YOSHIKO KUSANO

vom 14. Juni 1991 war geboren. Er war dann umwerfend: Rund eine halbe Million Frauen und Männer protestierten, und die Schweiz war plötzlich eine andere: die Gleichstellung kam endlich ins Gesetz, und Ruth Dreifuss wurde Bundesrätin. Es folgten der Mutterschaftsurlaub und die Fristenregelung. Der erste Frauenstreik hatte all das möglich gemacht.

Und doch blieb Valceschini bescheiden und betonte immer, wie klein ihr Anteil am Frauenstreik gewesen sei. Die Idee wäre viel

leicht auch einer anderen gekommen. Dabei war sie die Erfinderin. Die Frau, die sich traute und sagte: «Ich halte nichts vom Jammern, wir hätten dies nicht, oder jenes würde uns vorenthalten. Wir müssen sagen: Ich kann, ich will, ich verdiene es!»

EINE PRÄGENDE ERFAHRUNG

Liliane kam 1937 als Tochter eines Italieners und einer Schweizerin zur Welt. Im Jura gab es damals erst wenige Migrantenfamilien. Und einmal beschimpfte ein Schüler sie: «Ihr Italiener fressen uns das Brot weg.» Schon als Kind hatte sie

«Wir müssen sagen: Ich kann, ich will, ich verdiene es!»

LILIANE VALCESCHINI

also erlebt, was Diskriminierung bedeutet. Später, im Beruf, spürte sie dann: Nicht nur die Herkunft macht einen Unterschied im Leben. Sondern auch das Geschlecht.

Mit 17 Jahren begann Liliane Valceschini ihre Lehre als Régleuse. In derselben Uhrenfabrik, in der auch ihre Eltern arbeiteten. Eines Tages nahm ihre Mutter allen Mut zusammen, ging zum Chef, um etwas mehr Lohn zu verlangen. Aber der antwortete bloss: «Wir geben schon Ihrer ganzen Familie Arbeit. Das muss reichen.» Da sagte Liliane: «Mama, ich werde der Gewerkschaft beitreten.» Sie tat es und engagierte sich jahrzehntelang: im lokalen Vorstand, im Sektionspräsidium, in der Frauenkommission. Sie war auch politisch aktiv.

work traf Liliane Valceschini zuletzt im Frühsommer, kurz vor dem zweiten Frauenstreik. Sie freute sich und sagte: «Es macht mich glücklich, wenn ich sehe, wie die Frauen jetzt wieder mobilisieren. Wir dürfen einfach nie aufgeben!» Am 14. Juni dann stand die Frauenstreik-Erfinderin noch einmal auf der Bühne. In Yverdon hielt sie eine Rede. Der Frauenstreik 2019 wurde zur grössten politischen Demonstration der neueren Schweizer Geschichte. Ohne Liliane Valceschini hätte es auch die nicht gegeben.

Investitionen in Dreck-Energien: Der Klimabewegung reicht's
Ultimatum für Finanzplatz

Der Schweizer Finanzplatz ist verantwortlich für einen weltweiten CO₂-Ausstoss von über 1000 Millionen Tonnen. Damit soll jetzt Schluss sein, fordert die Klimabewegung.

JONAS KOMPOSCH

Jedes Jahr verpesten Schweizer Haushalte und Unternehmen die Umwelt mit knapp 50 Millionen Tonnen CO₂. Hört sich nach viel an? Dann halten Sie sich jetzt fest: Der Schweizer Finanzplatz alleine ist verantwortlich für einen weltweiten Ausstoss von über 1000 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr. Die helvetischen Banken, Versicherungen und Pensionskassen sind damit zwanzig Mal schädlicher fürs Klima als die Schweiz als ganzes Land. Schuld sind die ungebremsen Milliardeninvestitionen in die Förderung von Öl, Gas, Kohle oder Teersand in der ganzen Welt.

Jetzt fordert die Klimastreik-Bewegung: Damit muss endlich

Schluss sein! Sie hat deshalb über 300 Banken und Versicherungen kontaktiert und diesen ein Ultimatum gestellt: bis am 1. März 2020 sollen diese glaubhaft darlegen, dass sie ihre Geschäftspraxis ändern.

STURE CREDIT SUISSE

Konkret verlangen die Klimastreikenden:

- Die Offenlegung der Geldflüsse von Schweizer Finanzinstituten samt Tochterfirmen.
- Die Reduktion der direkten und indirekten Treibhausgasemissionen des Schweizer Finanzplatzes auf Netto-Null bis 2030.
- Ab sofort keine neuen Investitionen, Kredite und Versicherungsdienstleistungen mehr für Fossil-Energie-Unternehmen.

Firmen, die dieser Aufforderung keine Folge leisten, will die Klimabewegung auf eine schwarze Liste setzen. Schon jetzt schaltet mindestens die Credit Suisse auf

stur. Nachdem Vertreter der Grossbank eben erst von ihrer Ölgeschäftsreise ins saudische Königshaus zurückgekehrt waren, mochten sie am ver-

Klimabewegung fordert für den Finanzplatz Netto-Null bis 2030.

gangenen Dienstag nicht noch die Klimajugend empfangen. Deshalb demonstrierte diese ihren Forderungskatalog symbolisch am Zürcher Paradeplatz – direkt vor der Credit Suisse. Die Bank reagierte übrigens für einmal gelassen. Ein polizeilicher Grosseinsatz samt Massenverhaftung blieb aus.



GRÜNER FREITAG: Dem Black Friday, dem Tag der Billigstangebote, stellt die Klimabewegung den Green Friday gegenüber, an dem weltweit Klimademos stattfinden.



DAS NEUE: Bald schon sollen die ersten serienmässig von VW hergestellten E-Autos ID.3 vom Band rollen. FOTO: VW

Zwickau (D): VW-Werk rüstet um auf E-Mobility

Der ID.3, die Roboter und die Arbeitsplätze

VW hat kürzlich das erste Elektroauto vorgestellt. Es geht nun im ostdeutschen Zwickau in Serie. Dort leisten die VW-Mitarbeitenden und ihre Gewerkschaften wahre Pionierarbeit.

CHRISTOPH BÖCKMANN* Hinter dicken Glasscheiben bewegen sich die orangen Kuka-Roboter ruckartig. Sie greifen in kurzen, abgehackten Bewegungen metallisch glänzende Blechteile, bringen sie in die richtige Position und schweissen sie zur Carrosserie des ID.3 zusammen. Es ist das erste Elektroauto des VW-Konzerns, das nun im ostdeutschen Zwickau gebaut wird. Seit knapp einem Jahr wird dort an der Transformation des Werks gearbeitet. Der ID.3 und die fünf auf seiner MEB-Plattform (MEB = Modularer E-Antriebs-Baukasten) konzipierten weiteren Modelle werden Golf und Passat ablösen. Der letzte Verbrenner rollt kommenden Juni in Zwickau vom Band.

MECHANISCHE KOLLEGEN Die Neuerfindung des VW-Konzerns, die in Zwickau ihren Anfang nimmt, ist ein immenser Kostenfaktor. 1,2 Milliarden Euro wird die Volkswagen AG am Ende in das Werk gepumpt haben. Die

stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Mandy Anding sagt: «Da will das Unternehmen natürlich an anderen Stellen gern sparen.» Dennoch konnte sie gemeinsam mit den Betriebsratskolleginnen und -kollegen der VW AG eine Beschäftigungsgarantie für alle 8000 Mitarbeitenden in Zwickau bis 2029 durchsetzen. Und das, obwohl für die Montage von Elektromotoren weniger Arbeitskräfte benötigt werden.

WEITERBILDUNG Für Auslastung sorgen soll eine Ausweitung der Produktionskapazität. Konkret heisst das: Künftig werden in Zwickau bis zu 330 000 Elektroautos jährlich vom Band rollen statt 300 000 Verbrenner. Dafür stellt der VW-Konzern sogar neue Kollegen ein – aber bisher fast nur mechanische. 1600 statt bisher 1300 Roboter werden bei der Produktion helfen. Dass VW im Zuge der Umstellung auf E-Mobilität verstärkt auf Automatisierung setzt, hat für viele Beschäftigte Konsequenzen. Einige Tätigkeitsfelder fallen weg oder verändern sich. Beispiel Carrosseriebau: Hier läuft das meiste in Zwickau mittlerweile automatisch. Weg fallen vor allem einfache Tätigkeiten wie das Einlegen der Bleche in die Maschinen.

Ein paar Anlagen, an denen manuell und taktzeitunabhängig eingelegt wird, gibt es aber noch. Relikte aus vergangenen Zeiten? Nein, die Anlagen sind im Einsatz! Dietmar Brühhaber, Betriebsrat aus dem Carrosseriebau, erklärt: «Für uns als Betriebsrat war es wichtig, dass wir auch in Zeiten von Industrie 4.0 Arbeitsplätze erhalten, die für Mitarbeiter machbar sind, die nicht umgeschult

werden können, die nicht das Know-how haben, Elektroniker zu werden oder sich anderweitig fortzubilden. Das Unternehmen hätte natürlich auch das gern automatisiert.»

Die restlichen Beschäftigten, deren Tätigkeitsfelder sich ändern oder wegfallen, werden in andere Bereiche versetzt und entsprechend qualifiziert. Dazu hat der Betriebsrat in Zwickau mit dem Unternehmen verschiedene Qualifizierungsmassnahmen erarbeitet und abgestimmt. So wurden 150 Beschäftigte 18 Wochen lang zu Elektrofachkräften geschult. 50 haben bis zu 24monatige Expertenschulungen zum

VW hat in Zwickau 150 Mitarbeitende zu Elektrofachkräften umgeschult.

Thema Elektrik/Elektronik erhalten. Und die rund 200 Anlagenfahrer, die perspektivisch zusätzlich im Werk zum Einsatz kommen sollen, werden über mehrere Wochen bis Monate geschult. Neben den fachspezifischen Qualifizierungsmassnahmen wurden noch jede Menge Produktschulungen für die einzelnen Fertigungsbereiche organisiert.

KRITISCHE STIMMEN Dass der VW-Konzern ausgerechnet Zwickau zum Vorreiter der Elektromobilität auserkoren hat, ist trotz Qualifizierungsmassnahmen nicht bei jedem Mitarbeiter und jeder Mitarbeiterin gut angekommen. Betriebsrat Brühhaber: «Durch den Umbau werden Teams auseinandergerissen, die bereits

seit vielen Jahren gut zusammenarbeiten.» Auch sei es ein Problem, wenn Beschäftigte vor dem Umbau auf eine Beförderung hinarbeiteten und diese nun nicht bekommen könnten, da jemand anderes dafür qualifiziert werde, weil dessen ursprüngliche Stelle weggefallen, erklärt der Betriebsrat, der selbst noch am Trabant gelernt hat.

GREIFBAR MACHEN Um die Belegschaft in Zwickau generell für das Thema Elektromobilität zu sensibilisieren, rief der Betriebsrat gemeinsam mit dem Unternehmen die Change Convention ins Leben. Das ist eine Tagesveranstaltung, bei der die Beschäftigten sich mit den neuen Komponenten wie den Batterien vertraut machen und gemeinsam über das Thema Elektromobilität diskutieren können. Bis Ende des Jahres wird die gesamte Belegschaft die Gelegenheit dazu gehabt haben. Eine Aktion, die bei der Belegschaft gut ankomme, berichtet Betriebsrätin Mandy Anding. Sobald das Thema Elektromobilität greifbar werde, könnten sich die Beschäftigten besser darauf einlassen.

POLITIK MUSS INVESTIEREN Dennoch gibt es bei der Belegschaft an einer Stelle noch grosse Bedenken: bei der Ladeinfrastruktur. Hier fordert der Zwickauer Betriebsrat zusammen mit der IG Metall die Politik auf, die nötigen Investitionen in die Infrastruktur endlich zu tätigen. Betriebsrätin Anding betont: «Wenn wir alles umstellen, um klimafreundliche Autos zu bauen, dann muss die Politik auch ihren Beitrag leisten.»

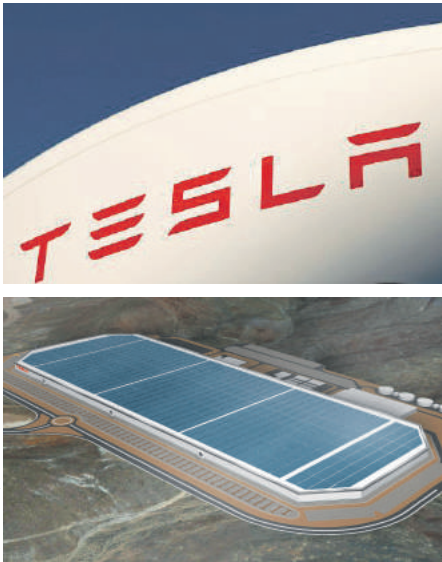
Elektrisierender Plan Tesla kommt nach Berlin

Spitze Schreie im Saal: Das war die Reaktion, als Tesla-Chef Elon Musk ankündigte, in Deutschland eine Fabrik eröffnen zu wollen.

MARIE-JOSÉE KUHN

Eine «Gigafactory», eine Riesenfabrik, will der US-Unternehmer und Tesla-Bauer Elon Musk im deutschen Brandenburg hochziehen. Und damit die Auto-Elektrifizierung nach Europa bringen, die er vom Silicon Valley aus seit 2004 mit Erfolg betreibt. Für die Fabrik ist bei Berlin ein Areal von 300 Hektaren vorgesehen. Und bereits im ersten Halbjahr 2020 sollen die Bauarbeiten beginnen.

Musk machte seine Ankündigung an der Verleihung des «Goldenen Lenkrads» des Springer-Verlags in Berlin. Und setzte damit nicht nur die deutsche Autobranche unter Strom, sondern auch die Politik. Schliesslich rechnet die Wirtschaftsverwaltung mit 6000 bis 7000 neuen Stellen. Das «Deutsche Handelsblatt», das bei Musks Auftritt dabei war, beschreibt diese Goldgräberstimmung



EXPANSION: Nach Nevada (Visualisierung Bild unten), New York und Schanghai will Tesla nun auch in Berlin E-Autos herstellen.

so: «Spitze Schreie durchfuhren den Saal. Nach Nevada, New York und Schanghai wird Berlin der nächste Standort der Tesla-Expansion.»

ELEKTRO-OFFENSIVE. Musk fasziniert. Als Daimler, BMW und VW immer noch ihre schmutzigen Dieselträume träumten, baute Musk schon Elektroautos in Serie. Und verkauft immer mehr von ihnen auch nach Deutschland und in die Schweiz.

Doch nun rüstet Deutschland um. Die Regierung Merkel hat entschieden, dass sie die E-Mobilität fördern wolle. Und seit dem Dieselskandal ist zumindest auch für VW klar, dass nur noch die Flucht nach vorne Schlimmeres abwenden kann. Sie heisst Elektroauto-Offensive. Volkswagen will dafür 44 Milliarden Euro investieren. Im VW-Werk im ostdeutschen Zwickau geht jetzt der erste Elektro-VW, der ID.3, in Serienproduktion (siehe Artikel links). In diese industrielle Aufbruchstimmung hinein will auch Musk seinen Fuss setzen.

IN DIE HÖHLE DES LÖWEN. Der Standort Berlin-Brandenburg hat alle erstaunt. Doch ist man dort führend bei der elektrischen Leistung aus Alternativenenergien pro Kopf. Auch ist ein Grossflughafen seit September 2006 im Bau. Das war sicher mit ein Grund für Musks Plan. Sein Einzug in Europa wird aber auch als Kampfansage verstanden. So titelte der US-Sender CNN (13. 11.): «Tesla betritt die Höhle des Löwen.» Nämlich die Heimat der deutschen Premium-Fahrzeuge-Hersteller Daimler und BMW, der Hauptkonkurrenten von Tesla. Diese geben sich bisher wortkarg. Dafür freut sich die Autozuliefererindustrie umso lauter. Sowohl Bosch als auch Siemens beliefern Tesla schon heute.

*Christoph Böckmann ist Redaktor bei der IG-Metall-Zeitung, in der dieser Artikel zuerst erschien.

Schnüffelstaat III: Und das Fichieren geht weiter

«Wetten, dass der Geheimdienst die Klimabewegung überwacht!»

Nach dem Fichenskandal von 1989 ficht der Geheimdienst munter weiter. Catherine Weber vom Verein Grundrechte Schweiz weiss auch, wie.

PATRICIA D'INCAU

work: Catherine Weber, warum haben Sie kein Handy?
Catherine Weber: Ich kann und will nicht immer und überall erreichbar sein. Und es lebt sich hervorragend so.

Es hat nicht etwa damit zu tun, dass 1989 der Fichenskandal aufflog und Sie erfuhren, dass Sie vom Geheimdienst illegal überwacht wurden? Natürlich hat mich diese Erfahrung geprägt. Ich habe keine Lust, meine Daten freiwillig und unfreiwillig zu hinterlassen. Und ja: Nach 1989 wussten wir, dass der Geheimdienst Telefone abhört. Damals sogar noch ganz ohne gesetzliche Grundlage. Das hat mich schon sensibilisiert, auf all die Fragen: Was für Daten hinterlasse ich eigentlich? Wer hat Zugang dazu, und was passiert damit?

Sie wollten kürzlich vom Geheimdienst wissen, ob er Ihren Verein Grundrechte Schweiz überwacht. Was haben Sie als Antwort erhalten? Ein dickes Couvert mit vielen ungeschwärtzen und geschwärtzen Papieren. Der Geheimdienst hat in seinen Datenbanken seitenweise Informationen über uns gespeichert. Das hat mich richtig hässig gemacht. Denn sie machen wieder genau das, was sie gar nicht dürfen.

Es wird also schon wieder illegal fichtert? Im Gesetz heisst es ganz klar: Der Geheimdienst darf nur Daten sammeln, die etwa mit möglichem Gewaltextremismus, mit Terrorismus oder mit Spionage in Verbindung stehen. Nicht gespeichert werden darf, was mit legalen politischen Tätigkeiten zu tun hat. In unserem Dossier sind aber reihenweise Medienmitteilungen von uns und Medienberichte über uns abgelegt. Aus-

«Sogar Ex-Bundesrätin Micheline Calmy-Rey wurde fichtert.»

CATHERINE WEBER, GRUNDRECHTE SCHWEIZ

serdem Schreiben, mit denen wir an der Vernehmlassung von Gesetzen teilgenommen haben. Das ist eine demokratische Mitwirkung und hat in einer Geheimdienst-Datenbank nichts zu suchen. Im Couvert waren auch Dokumente, bei denen wir keine Ahnung haben, warum sie in unserem Dossier sind. Sie heissen «Lagebericht» oder «Tageslage», sind als geheim deklariert und grösstenteils geschwärzt. Da ist aber die Rede von «allgemeiner Bedrohungslage», und unser Verein ist vermerkt. Wie das passieren konnte, wissen wir nicht.

Überwacht denn niemand die Überwacher? Die oberste Aufsicht hat die Geschäftsprüfungsdelegation (GPDel). Dort sitzen Vertreterinnen aus dem National- und Ständerat. Ihre Aufgabe ist es zu kontrollieren, dass sich der Geheimdienst an die gesetzlichen Vorgaben hält. Nur: Die GPDel hat wenig Zeit und auch keine IT-Spezialisten zur Seite, die es brauchte, um diese Datenbanken wirklich zu durchblicken. Der Nachrichtendienst hat zwar auch eigene, interne Kontrollmechanismen. Aber: 2012 hat ein Geheimdienstler problem-



FOTO: SEVERIN NOWAK

Catherine Weber: «Madame Fichen»

Kaum eine hat den Fichenskandal 1989 so eng mitverfolgt wie sie: Catherine Weber war ab 1990 Sekretärin des Komitees «Schluss mit dem Schnüffelstaat», das auch die «Fichen-Fritz»-Zeitung (fichenfritz.ch) herausgab. Das Komitee beobachtete die politische Aufarbeitung des Fichenskandals, erstirbt das Einsichtsrecht und forderte die Abschaffung des Schnüffelstaats. Die Volksinitiative «S. o. S. – Schweiz ohne Schnüffelpolizei» scheiterte 1998 an der Urne, nachdem der Bundesrat die Abstimmung sieben Jahre hinausgezögert hatte. Seit 2006 ist Catherine Weber ehrenamtliche Geschäftsführerin des Vereins Grundrechte Schweiz, der sich gegen staatliche und private Überwachung einsetzt. Sie ist seit 22 Jahren Gewerkschaftssekretärin bei der Sektion NGO des VPOD. (pdi)

los tonnenweise Daten nach Hause genommen und wollte sie verkaufen.

Es gibt auch kantonale Geheimdienstabteilungen und Aufsichtsbehörden. In Basel sass dort zuletzt Ex-SP-Ständerätin Anita Fetz. Sie erfuhr im Frühling, dass der Geheimdienst sie fichtert hat, weil sie an einem Anlass in einem kurdischen Vereinslokal war. Die Schnüffler machen offenbar nicht einmal vor ihren Kontrolleurinnen Halt... So ist es. Neben Fetz traf es SP-Nationalrätin Margret Kiener-Nellen und SP-Nationalrat Cédric Wermuth. Sie alle sind in den Datenbanken des Geheimdienstes gelandet. Auch über die Grüne Partei, die Juso und die Alternative Liste gibt es Fichen. Jede Wette, dass auch die Klimabewegung überwacht wird! Und: 2003 traf es sogar die damalige Bundesrätin Micheline Calmy-Rey. Als Aussenministerin war sie an einer internationalen Konferenz in Lausanne. Dort wurde sie von einem Kurden angesprochen. Der türkische Geheimdienst meldete darauf dem Schweizer Nachrichtendienst, Calmy-Rey habe mögliche Verbindungen zu «Terroristen». Und der hat das tatsächlich fichtert.

1989 hatte der Geheimdienst vor allem Linke, Gewerkschafter und Ausländerinnen im Visier. Ist das heute noch so? Genau wissen wir das nicht. Bei den Migrantinnen und Migranten bin ich mir aber sicher. Sie standen auf der Feindesliste schon immer ganz oben. Klar ist auch: Der Geheimdienst hat viele Menschen auf dem Radar. 2010 hatte er schon wieder 200'000 Personen fichtert. Dass so viele mit gewalttätigem Extremismus oder Terrorismus in Verbindung stehen sollen – das ist einfach nicht möglich. Die GPDel befahl dem Nachrichtendienst dann auch, Daten zu löschen. Wie viele heute noch registriert sind, ist nicht bekannt.

Warum hat der Fichenskandal die Schnüffelei eigentlich nicht gestoppt? Die Empörung in der Bevölkerung war damals gross. Unter anderem, weil ohne gesetzliche Grundlage fichtert

wurde. Das Parlament hat deshalb dann das sogenannte Staatsschutzgesetz aufgelegt. Immerhin haben sie sich das noch nicht getraut, die Telefonüberwachung zuzulassen. Als dann 2001 die Anschläge in New York geschahen, dachte man wohl: Jetzt hat sicher niemand mehr etwas dagegen. Und so kam es, dass der Nachrichtendienst immer mehr ausgestattet wurde.

Der letzte grosse Ausbau passierte 2016 mit dem Nachrichtendienstgesetz (NDG). Damit hat der Geheimdienst alle Kompetenzen bekommen, die er sich erträumen konnte. Jetzt darf er in Wohnungen einbrechen und Wanzen installieren. Er kann Trojaner in Computereinschleusen und mitlesen, was wir da so schreiben. Die Geheimdienstler können meinen ganzen Internetverkehr von aussen kontrollieren. Und mit sogenannten IMSI-Catchern Handys orten. Je nachdem werden da Hunderte Menschen, die per Zufall in der Nähe sind, mitregistriert. Und: All diese Daten können in einen Topf, und niemand weiss, was mit diesem Topf passiert. Zwar braucht es je nach Massnahme einen richterlichen Beschluss. Aber es gibt wohl keinen Richter, der den Mut hat zu sagen: Das kommt nicht in Frage. Der sagt eher: Macht mal. Und wenn nichts ist, können die Daten ja immer noch gelöscht werden. Ob das dann passiert, ist die andere Frage.

Trotzdem sagen viele: «Soll mich der Geheimdienst doch ausspionieren, ich habe ja nichts zu verbergen.» Was antworten Sie da? Das ist der alte Spruch. Den kenne ich um und sage: Wenn ich nichts zu verbergen habe, dann hat mich der Geheimdienst auch nicht zu überwachen.

Schnüffelstaat I: Vor 30 Jahren flog der Fichen-Skandal auf Im Visier der Schnüffler

Von der heimlich-fieissen Massenüberwachung im Kalten Krieg waren auch Tausende Gewerkschaftsmitglieder betroffen. Ganz besonders auch Migranten und Migrantinnen. Zwei Drittel aller Fichen betreffen sie. Die Schnüffler waren auch sehr interessiert an den teils pointiert linken Verbänden, die heute in der Unia aufgegangen sind. Vier bespitzelte Gewerkschaftsgrössen gaben work Einblick in ihre Fichen.

Bruno Bollinger (66): Der Maibltitzer

Als «unmenschliche Ausbeuter» habe er die Arbeitgeber beschimpft und «zum Kampf gegen die Kapitalisten» aufgerufen. So rapportiert es Ende Oktober 1975 ein Spitzel der Zuger Kantonspolizei an die Schweizerische Bundesanwaltschaft in Bern. Das beschert dem 22-jährigen Bruno Bollinger einen weiteren Fichen-eintrag.

BRANDGEFÄHRLICH. Bollingers Dossier ist ziemlich dick. Denn bereits als Lehrling fällt er der Polizei als «Führungsstabsmitglied» der «linksextremen» Jugendgruppe Maibltitzer auf, ausserdem als «Kommunbewohner». Und nun agitiert der Elektro-

Eicher nicht nur als Smuv-Gewerkschafter, sondern – und das macht ihn in den Augen der Staatsschützer brandgefährlich – auch als Mitglied der trotzkistischen Revolutionären Marxistischen Liga. Der Beobachtete macht aber nichts Illegales, sondern verteilt fleissig Flugblätter, organisiert Versammlungen und kandidiert schliesslich als junger Linker für den Nationalrat. Es ist eine Kampfkandidatur. Sein Gegenspieler von der FDP ist ausgerechnet sein Chef, der Konzernleiter von Landis & Gyr. Beide verpassen die Wahl. Bollinger wird entlassen. Die Polizei

ist ohnehin erstaunt über die «Kandidatur des B.» So notiert sie: Bollinger «verhielt sich stets ruhig» und sei «nie als Drahtzieher agitatorischer Handlungen festgestellt» worden. Ganz anderer Meinung ist die Armee, die seine Funktion als Telefonist plötzlich zu heikel findet und ihn umteilt. Zumindest auf dem Papier.

Dazu Bollinger heute: «Real fand diese Umteilung gar nie statt! Das zeigt, wie stümperhaft ich fichtert wurde.» (jok)

Bruno Bollinger war Unia-Bildungsverantwortlicher.



Zita Küng (65): Die Links-Szenige

«Bisher trat die K. politisch nicht in Erscheinung», heisst es im ersten Ficheneintrag von Zita Küng. Trotzdem ist die damals 22-jährige Musikstudentin aus Zürich für die Kriminalpolizei schon hochinteressant. Sie ist nämlich in eine Berner WG von «Pöchlern» gezeugelt, von Mitgliedern der Linkspartei Pro-gressive Organisationen der Schweiz (Poch).

KNACKEN IN DER LEITUNG. Der Telefonanschluss dieser verdächtigen WG ist angezapft. Und als die Zugzogene am 12. November 1976 einen Anruf mit «Zita Küng» entgegennimmt, hören die Schnüffler mit und notieren: «Identifikation der

Vita King». Ihren Irrtum bemerken die Staatsschützer bald, denn Küng engagiert sich in der Dritte-Welt-Solidarität, in der Frauenbewegung und für die Poch, später als Zürcher Kantonsrätin oder als Sekretärin bei der Gewerkschaft Bau und Holz (heute Unia). Damit bleibt sie als «bekannte Aktivistin» der «Links-Szene» auf dem Schnüffel-Radar und gelangt – trotz legaler Tätigkeit – sogar in die «Extremistenkartei». Küng vermutet, dass sie überwacht wird: «Immer wenn es beim Telefonieren in der Leitung

knackte, dachten wir, dass mitgelauscht wird.» Die «totale Krise» habe sie erst gekriegt, als sie 1990 – damals bewarb sie sich gerade als stadtzürcherische Gleichstellungsbeauftragte – einen Teil ihrer Akte erhält: «Ich realisierte, wie viele völlig unpolitische Bekannte durch meine Überwachung ebenfalls fichtert wurden.» Schockiert hat Küng zudem ein Informations-schreiben des Militärdementums über die individuelle Schutzbunkerzuteilung im Falle eines atomaren Kriegs: «Mich hätten sie in der Polizeihauptwache plazierte!» (jok)

Zita Küng war Geschäftsleitungsmittglied der Gewerkschaft Bau und Industrie (GBI).



Vasco Pedrina (69): Der Unauffällige

Als Vasco Pedrina Anfang der 1990er Jahre einen Teil seiner Fichen erhält, ist er bereits Vizepräsident des Gewerkschaftsbunds (SGB) und als solcher vielbeschäftigt. Deshalb fordert er die kompletten Unterlagen über sich gar nicht erst an.

EXTREMISTEN-STERN. Heute sagt er: «Ich hatte keine Zeit, um in alten Aktenbergen zu wühlen.» Solche seien im Bundesarchiv aber bestimmt noch vorhanden. Wahrscheinlich ist das, weil auch Pedrinas Fiche mit dem Extremistenstern gekennzeichnet ist. Dieses Zeichen erhielten all jene «Subversiven», die im Kriegsfall als «in-

terne Feinde» sofort interniert worden wären. Pedrina galt den Schnüfflern als «Extremist», seit er mit 21 Jahren an einem Schulungskurs der trotzkistischen Revolutionären Marxistischen Liga teilgenommen hatte. Der Extremistenstern hätte ihn beinahe den Job gekostet. Denn als der Jurist eine Stelle bei den SBB antritt und auch SEV-Mitglied wird, alarmiert die Politische Polizei sofort Pedrinas Chef. Er habe den berüchtigten «Valjean» eingestellt, so nenne sich Pedrina unter den «Linksextremen». Doch Pedrina darf bleiben, wird aber scharf überwacht, seine Wohnung beschattet. 1980 wechselt der

Politische Polizei sofort Pedrinas Chef. Er habe den berüchtigten «Valjean» eingestellt, so nenne sich Pedrina unter den «Linksextremen». Doch Pedrina darf bleiben, wird aber scharf überwacht, seine Wohnung beschattet. 1980 wechselt der



Tessiner von den SBB zum SGB. Noch immer wird sein Tun genau beäugt. So berichtet die Berner Stadtpolizei 1987, Pedrina sei verantwortlich für den «Schluss zwischen dem SGB und den sandinistischen Gewerkschaften Nicaraguas».

AUSGEPRÄGT SOZIAL. Wohl zum letzten Mal wird Pedrina im Jahr 1987 überprüft, kurz bevor er Zentralsekretär der Gewerkschaft Bau und Holz wird. Der Militärische Sicherheitsdienst notiert: «P. arbeitete bei den SBB. Sehr gute Qualifikation. Abgesehen von seiner ausgeprägten sozialen Einstellung in keiner Weise aufgefallen.» (jok)

Vasco Pedrina war Unia-Co-Präsident.

wöhnlichen Zeiten ber der LIBRERIA ITALIANA des Rodoni, Sandro 28, Militärstr.84, Zch.4. Cannelotto besuchte ihm am 23.5.70 nachdem dort 3 gutgekleideten ital. Typen aus dem PW Roma 88/6721. Fiat

Bruno Cannellotto (81): Der Spitzelschreck

Bruno Cannellotto ist 18, als er das Friaul in Italien verlässt und als Maurer-Saisonnierr nach Wallisellen ZH kommt. Wie jeder dritte Ausländergerät auch er ins Visier der Politischen Polizei und wird fichtert.

KOMMUNIST. Denn auch als «Gastarbeiter» engagiert sich Cannellotto für den Partito Comunista Italiano (PCI), die damals grösste Partei Italiens. Das ist zwar nicht verboten, doch mit hohen Risiken verbunden. «Ausschaffungen von PCI-Aktivistinnen waren an der Tagesordnung», sagt Cannellotto. Daher bleibt ihm und seinen Genossinnen und Genossen nichts anderes übrig, als möglichst clandestin zu politisieren. Doch die Polizei heuert italieni-

sche Spione an. Einen solchen enttarnt der Maurer einmal aus purem Zufall. Cannellotto: «Es gab da einen Römer, der perfekt Deutsch sprach und immer an unseren Versammlungen war. Doch eines Tages musste ich auf die Polizeiwache. Prompt begegnete ich da diesem Typen. Er war gerade dabei, den Polizisten eine Rede von mir zu übersetzen.»

V-LISTE. Im Jahr 1970 wird Cannellotto Funktionär der Gewerkschaft Bau und Holz und hilft mit, die italienischen Saisonniers zu organisieren. Das macht ihn für die Schnüffler nicht weniger suspekt. Der Kommunist wird als «Verdächtiger» auf die «V-Liste» gesetzt. Alle dort Registrierten

wären im Kriegsfall, bei inneren Unruhen oder bei einem Generalstreik präventiv weggesperrt worden. So verfügte es die Bundesanwaltschaft zusammen mit dem Armeekommando. Der letzte Ficheneintrag über Bruno Cannellotto stammt vom 1. Mai 1987, verfasst vom Zürcher Kriminalkommissariat III: «Trat auf dem Helvetiaplatz als Redner auf. Es gab keine Störungen.» (jok)

Bruno Cannellotto war Funktionär der Gewerkschaft Bau und Industrie (GBI).



Schnüffelstaat II: So flog der Skandal wirklich auf

Vor dreissig Jahren, im November 1989, flog der Fichenskandal auf. Ein politisches Überwachungssystem bei der Bundesanwaltschaft hatte fast eine Million Bürgerinnen und Bürger bespitzelt und in Fichen registriert (siehe Beispielen oben). Doch wer links war und politisch engagiert, wusste schon früher von dieser Schnüffelpolizei: Der bürgerliche Staat liess linke Parteien, Gewerkschaften und die 80er Bewegung überwachen. Es wüteten der Kalte Krieg und der kalte Antikommunismus. In Zürich zum Beispiel beschäftigte der Staatsschutz der Stadt vollamtliche Polizeispitzel, sogenannte Insider.

Einen von ihnen, Walter Truniger, enttarnte der umtriebige Zürcher Recherche-Journalist Jürg Frischknecht bereits 1986 in der «Wochezeitung». Frischknecht: «Bis zu fünf Jahre spielen diese Insider mit Aliasnamen und langen Haaren die Rolle von Linken, ermunterten als Agents provocateurs zu Straftaten, meldeten Dutzende bis Hunderte von Sitzungs- und Demoteil-

nehmerInnen ins KK III an der Stampfenbachstrasse, ins Kriminalkommissariat III der Stapo Zürich (WOZ, 12. Januar 2006).» Und auch im Oberwallis kannte die Linke ihren Überwacher. Peter Bodenmann, ehemals SP-Präsident und heute unter anderem Hotelier: «Ein Schnüffelpolizist kam jeweils an unsere 1.-Mai-Feiern, im auffällig unauffälligen Ledermantel. Der Saal lachte und johlte.» Die ernstere Seite sei die Tatsache gewesen, dass Leute der Bewegung Kritisches Oberwallis ein Berufsverbot hatten. So etwa das gewählte Parlamentsmitglied des Walliser Grossen Rates, der Psychologe Stefan Niklaus.

BODENMANN & RECHSTEINER Der Fichenskandal fiel nicht vom Himmel. Darüber, wie er genau aufflog, liegt noch vieles im Nebel. Aber Spuren lassen sich problemlos nachzeichnen. Zur Erinnerung: Im Vorfeld des Fichenskandals stolperte die erste Bundesrätin der Schweiz, die Freissinnige

Elisabeth Kopp, über ein Telefonat mit ihrem Ehemann, dem Wirtschafts-anwalt Hans W. Kopp. Es ging um Geldwäscherei einer Firma, in deren Verwaltungsrat Kopp sass. Und um die Frage, ob sie ihn gewarnt und deshalb

«Die Linke nutzte Kopps Rücktritt, um den schweizerischen Fichenstaat auffliegen zu lassen.»

PETER BODENMANN, EX-SP-CHEF UND HOTELIER

das Amtsgeheimnis verletzt habe. Um das zu klären, setzten National- und Ständerat eine parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) ein. Innerhalb der SP-Fraktion waren damals Paul Rechsteiner und Peter Bodenmann die treibenden Kräfte. Den Auftrag an die PUK hatte die SP formuliert und in den eigens dafür berufenen Von-Wattenwyl-Gesprächen, an denen sich Bundesrat und die

Spitzen der Bundesratsparteien beteiligten, durchgesetzt. Die Formulierung war so gewählt, dass man auch die Fichenfrage aufdecken konnte. Offenbar ohne dass dies die übrigen Parteien so richtig realisierten. Moritz Leuenberger, der spätere SP-Bundesrat, wurde Präsident der PUK. Und der St. Galler Anwalt Niklaus Oberholzer, der noch Bundesrichter ist, war ihr ständiger Experte.

Im Verlaufe der Zeit liessen besorgte Mitarbeiter des Nachrichtendienstes immer mehr Informationen durchsickern. Ohne eine aufässige Presse, ohne die Mobilisierung der Kulturschaffenden und der Massen hätte sich nichts bewegt.

Doch wie war das damals genau gelaufen? Der heutige Ständerat und Ex-SGB-Chef Rechsteiner sagt heute sibyllinisch: «Da waren ein paar Leute in der Partei, die frisch im Nationalrat und wach und schnell genug waren, um den Fichenskandal ins Rollen zu bringen (work, 2.11.2018).» Präziser

schilderte Bodenmann das Vorgehen 2007 im «Blick»: «Elisabeth Kopp hat ihren Mann telefonisch über gerichtliche Untersuchungen informiert. Und dies gegenüber dem Bundesrat verwiesen. Ein folgenschwerer Doppelfehler. Die Linke nutzte ihren Rücktritt, um den schweizerischen Fichenstaat auffliegen zu lassen.»

Wie bitte? Die Untersuchung des Falls Kopp war also nur Mittel zum Zweck gewesen? Bodenmann weiter im «Blick»: «Kopps Mann nahm keinen politischen Einfluss.» Wie? Obwohl Elisabeth Kopp schliesslich demissionierte, war das nur ein Miniskandal gewesen? Warum wusste Bodenmann das damals so sicher? Bodenmann heute: «Weil es so war!» Wer die wirkliche Bedeutung des Fichenskandals von damals begreifen wolle, so Bodenmann, müsse ihn im damaligen Zeitgeist und -geschehen begreifen.

Ende der achtziger Jahre fiel die Berliner Mauer. Und im Osten implodierte die Sowjetunion. Tausende DDR-

Bürgerinnen und -Bürger holten sich ihre Stasi-Akten. Und immer mehr Details über den DDR-Überwachungsstaat wurden publik. Das war ein riesiger Triumph für die rechten kalten Krieger.

STEINEGGER & DIE STASI FDP-Chef Franz Steinegger beschrieb ihn 2007 ebenfalls im «Blick» so: «Mit dem Fall der Mauer in Berlin im November war die sozialistische Utopie zusammengekracht. Dieses Desaster des Sozialismus hätte eigentlich auch zum Desaster der ungezählten heimlichen und offenen Anwälte dieser Utopie bei uns führen müssen.» Doch «nichts dergleichen» sei geschehen, fügte «Katastrophen-Franz» spürbar frustriert hinzu: «Stattdessen beschäftigten wir uns mit Fichen.» Mehr noch, plötzlich stand die politische Rechte mit ihrem Fichenstaat in der gleichen (Schändli-)Ecke wie die Stasi. Das hatten Bodenmann, Rechsteiner & Co. wahrlich fein hingekriegt!

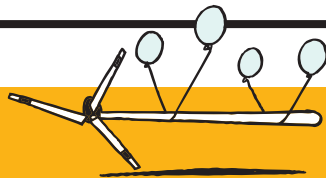
MARIE-JOSÉE KUHN

Die eigene Fiche sehen: So geht's

Möchten Sie wissen, ob Sie fichtert sind? Dann schreiben Sie einen Brief an den Nachrichtendienst des Bundes (NDB) (rebrand.ly/musterbrief-1). Bei einem Einsichtsgesuch muss der NDB Auskunft geben, ob Sie in sechs der zwölf von ihm betriebenen Informationssystemen registriert sind. Er kann Ihr Gesuch aber auch aufschreiben, wenn er der Meinung ist, dass ein Interesse an Geheimhaltung bestehe.

GEDULD. In diesem Fall schicken Sie einen Brief an den Datenschutzbeauftragten (rebrand.ly/musterbrief-2). Dieser überprüft, ob Ihr Antrag rechtmässig bearbeitet wird. Über den Inhalt der Fiche oder darüber, ob Sie überhaupt eine Fiche haben, darf er aber keine Auskunft geben. Spätestens nach drei Jahren muss der NDB Sie informieren, wenn er keine Fiche über Sie angelegt hat.

FOTOS: UNIA, ZUG ©, FRANZISKA SCHNEIDER



Windkraftwerke: Wer kann solche heissen Minis brauchen?

Was haben ein Windrad und ein Seilbahnunternehmen gemeinsam? Nur auf den ersten Blick wenig. Denn jetzt soll der ökologische Umbau dank kleinen Mini-Windkraftwerken in die Gänge kommen, die von einem Seilbahnbauer hergestellt werden.

Willy Garaventa und sein Bruder bauten während Jahrzehnten die verrücktesten Seilbahnen der Welt. Jetzt ist eine Biographie über den 85jährigen Willy erschienen. Und er gab zum ersten Mal in seinem Leben ein Interview in der «Sonntagszeitung», ein Interview der Extraklasse. Darin erzählt er: «Mein Grossvater war ein Einwanderer aus Norditalien, heute würde man sagen, ein Wirtschaftsflüchtling. Wieso er sich in Immenensee niedergelassen hat? Es gab zwei einfache Gründe: Erstens den Eisenbahnbau. Hier fand er Arbeit. Zweitens hat er eine Bauerntochter geschwängert und musste, wollte, durfte bleiben. Mein Vater hat das Bürgerrecht erst spät erworben. Wir als Kinder haben es aber zu spüren bekommen. Ab und zu hiess es: «du Tschinggy». Dabei sprach ich kein Wort Italienisch.» Garaventa verkaufte sein Unternehmen schliesslich an die Garaventa-Manager. Und diese die Firma dann leider an Doppelmayr aus Tirol. Sie ist Marktführerin im weltweit gesättigten Markt der Seilbahnbauer.

WIND-WIDERSTAND. Bewegliche Wirtschaftsflüchtlinge bewegen sich, um fern der Heimat etwas zu bewegen. Seilbahnen bewegen die Menschen in den Bergen und neu auch in Städten. Und jetzt soll auch noch der ökologische Umbau dank kleinen, von einem Seilbahnbauer hergestellten Mini-Windkraftwerken in die Gänge kommen. Doch der Reihe nach. Der Ausbau der Windkraft in der Schweiz hat bisher noch nicht begonnen. Und in Deutschland stockt er. Überall wehren sich betroffene Bürgerinnen und Bürger gegen den Bau von Windanlagen. Der bisherige deutsche Marktführer Enercon kündigt die Entlassung von 3000 Mitarbeitenden an. Die Gewerkschaften fordern Kurzarbeit. Und gemeinsam formiert sich in den betroffenen Regionen politischer und gewerkschaftlicher Widerstand gegen den Ausbau der Windkraft. Vielleicht muss man den Strom künftig also in Gebieten produzieren, wo weniger Menschen dicht aufeinander leben als in Deutschland oder der Schweiz. Zum Beispiel in Bosnien-Herzegowina, das verglichen mit dem Windkraftland Norwegen viel näher liegt.



KLEIN, FEIN, NAH: Der Südtiroler Seilbahnbauer Leitner baut das «EonWindrad 250» mit und für den deutschen Energieriesen Eon. Es ist nur 49,7 Meter hoch. FOTO: EON

WIND-INNOVATION. Einen anderen Weg geht das Seilbahnunternehmen Leitner. Die Südtiroler bauen zusammen mit und für den deutschen Energiekonzern Eon kleine, leise Windkraftwerke der nächsten Generation. Ihre Gesamthöhe beträgt nur 49,7 Meter. Sie haben eine Leistung von 250 Kilowattstunden. Und produzieren je nach Lage zwischen 500 000 und 1 000 000 Kilowattstunden Strom pro Jahr. Sie werden angepriesen für Unternehmen, die

mindestens 500 000 Kilowattstunden Strom im Jahr verbrauchen. Produziert werden sie direkt auf oder knapp neben dem Werksgelände. Dank den hohen Strompreisen in Deutschland sollen sich die Dinger rechnen. Doch in der Schweiz wird Leitner weiterhin Seilbahnen und keine Windkraftwerke bauen. Denn noch sieht bei uns niemand eine Marktlücke für diese kleine, aber sehr feine Innovation.

LINKS ZUM THEMA:

- rebrand.ly/garaventa
Willy Garaventa ist 85 Jahre alt. Er hat sein Unternehmen an die Manager verkauft. Und sie es dann leider weiter an die Firma Doppelmayr aus Tirol. Tipp an alle Leserinnen und Leser: unbedingt dieses Interview lesen. Und wenn man vorig Zeit hat, auch das Buch über diesen klugen Enkel eines Wirtschaftsflüchtlings aus Norditalien.
- [doppelmayr.com](https://rebrand.ly/doppelmayr.com)
Dr. Fredmund Malik ist eine Marke. Inzwischen ist es um ihn und seine Managementmethoden etwas stiller geworden. Was viele nicht wissen: Fredmund Malik ist wie Willy Garaventa auch so ein erfolgreicher Schweizer Wirtschaftsflüchtling. Malik war lange Zeit Aufsichtsratsvorsitzender der erfolgreichen Doppelmayr Holding AG. Doppelmayr ist die Marktführerin im weltweit gesättigten Markt der Seilbahnbauer. Zusammen mit dem Seilbahnunternehmen Leitner bilden die beiden Firmen ein Duopol in einem Nischenmarkt.

- rebrand.ly/kleinwind
Verglichen mit dem deutschen Energiekonzern Eon sind die Schweizer Stromriesen Alpiq, Axpo, BKW & Co. Vorgartenzwerge. Eon hat jetzt zusammen mit dem Seilbahnbauer Leitner Kleinwindkraft-räder entwickelt. Weil die Musik wirtschaftlich im Bereich der neuen, erneuerbaren Energien spielt.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch

INSERAT



Mit Reka-Geld tanken Sie günstiger.

Beziehen Sie Reka-Geld mit Rabatt und bezahlen Sie damit Ihre Tankfüllungen bei AVIA, BP und Coop Pronto. Übrigens: In der Schweiz akzeptieren insgesamt über 9'000 Annahmestellen Reka-Geld. reka.ch



Mit Reka liegt mehr drin.



3 % Rabatt bei Coop Reka-Checks gibt's mit **3 % Rabatt** in allen grösseren Coop-Verkaufsstellen mit der Supercard*.

* Tageslimite CHF 3'000.-



IM EXIL: Amal (Zahraa Ghandour) ist Architektin und will selber über ihr Leben und ihren Körper bestimmen.
FOTO: DSCHOINT VENTSCH

Samirs neuer Secondo-Streifen: Bagdad, mein Schatten

Gottlosigkeit, Homosexualität, Frauenbefreiung: Das sind die muslimischen Tabubrüche, mit denen der Filmemacher Samir aus Zürich in seinem neuen Spielfilm «Baghdad in my shadow» spielt – bis ein Sprengsatz detoniert.

MARIE-JOSÉE KUHN

Am Anfang fliesst der Fluss Tigris, und wir sehen eine blutige Folterszene. Die Schergen von Diktator Saddam Hussein schlagen zu. Am Ende fliesst immer noch der Tigris. Ruhig dahin. Und wir sehen das Einkaufsviertel Karada aus der Vogelperspektive in einem grossen Schwenker. Und hören Hoffnung sprechen aus dem Off: Eines Tages werden wir über die ganze Welt verstreut in Frieden und ohne Rassismus und Gewalt leben können.

Genau das probieren in Samir Riadh Jamal Aldins neuem Film eine Gruppe von Exil-Irakis in der Multikulti-Diaspora London. Sie sind Secondos und Secondos, so wie ihr Regisseur auch. Samir wurde 1955 als Sohn einer Schweizerin und eines Irakers in Bagdad geboren. 1961 kam er mit seinen Eltern in die Schweiz. Und während es seine weitverzweigte Verwandtschaft etwa nach Paris und London verschlug, verschlägt es Samir «nur» nach

Zürich. Das hat ihn immer gewurmt, denn hier war tote Hose. Und hier war er in den 1960er und 1970er Jahren der kleine Ausländer, der nicht dazugehörte. Das war lange bevor der Ausdruck «Secondo» geboren wurde. Und lange bevor sich Migrantinnen und Migranten in der fremdenfeindlichen Schwarzenbach-Schweiz nicht mehr ducken mussten.

ARABISCHE SCHNULZEN

Taufiq ist Kommunist und war irakischer Dissident unter Saddam, ein Gottloser; Amal ist Architektin, und sie will selber über ihr Leben und ihren Körper bestimmen; Muhanad ist IT-Spezialist und heimlich schwul; und Nassir, der Enkel von Taufiq, ist Anhänger eines Salafisten-Hasspredigers: Sie alle versuchen, sich nicht zu ducken und in ihrer zweiten Heimat trotzdem heimischer zu werden. Als Wahlfamilie treffen sie sich regelmässig in Zekis Café Abu Nawas – und sitzen und plaudern und spotten und paffen und hören arabische Schnulzen. Hier, im Café, sind sie geschützt, hier haben all ihre Widersprüche Platz, sogar ein Weihnachtsbaum mit Kommunistenstern auf dem Spitz. Diese Geborgenheit brauchen sie, denn die Schatten von früher folgen ihnen auf den Fersen. Taufiq: Folter und Verrat fressen

seine Seele auf. Amal: Unterdrückung und Verachtung nagen an ihr, sie ist vor ihrem Mann, einem Saddam-Agenten, geflüchtet. Und Nassir: Er weiss weder woher noch wohin mit sich, und das treibt ihn in den Halt fundamentalistischer Glaubenssätze. Doch diese sind Sprengsätze aus Messer, Blut und toxischer Männlichkeit.

Die Idee für den Film hatte Samir vor sieben Jahren. Er sagt: «Drei Hauptpersonen schwebten mir vor: eine Ehebrecherin, ein Homosexueller und ein Gottloser. Also drei muslimische Tabubrecher.» «Baghdad in my shadow» läuft jetzt zwar auch in Ägypten, doch die Sexszene zwischen den zwei Männern muss raus. Und die wunderschöne irakische Schauspielerin Zahraa Ghandour, die Amal leider etwas blutlos interpretiert, muss zittern. Weil sie eine (sexuell) emanzipierte Frau spielt, eine, die ihren Ehemann verlässt. Und weil Ghandour noch immer in Bagdad lebt.

MESOPOTAMIEN IM MUSEUM

«Baghdad in my shadow» zeigt aber auch «die ungleiche Vertrautheit mit dem kulturellen Erbe des jeweils «Anderen», wie der kanadische Literaturwissenschaftler Rafaël Newman in seiner Filmkritik auf der Website der Geschichte der Gegenwart schreibt

(rebrand.ly/filmkritik). Dichter Taufiq arbeitet als Nachtwächter im British Museum und bewacht dort quasi seine eigene Vergangenheit: die Überreste Mesopotamiens. Derweil Taufiq am anderen Ende der Welt seinen Shelley gelernt hat. Er rezitiert die Verse dieses britischen Nationaldichters als wären's die seinen. Kolonialismus und Imperialismus lassen grüssen. Das aber nur zwischen den Zeilen, besser gesagt: zwischen den Bildern. Und diese hat Samir teils durch wunder-

Die Schatten von früher sind den Irak in London dicht auf den Fersen.

bar-abrupte, fast dadaistische Bildschnitte verbunden. Wir sehen ein Auge im Close-up und fallen ohne Vorwarnung in den aufsteigenden Dampf einer Kaffeemaschine. Wir fliegen mit einem Plasticsack leicht im Wind und stürzen nahtlos und schwer hinein in eine heranstürmende Menschenmeute. Und irgendwann schauen uns zwei grosse Spiegeleier aus einer Pfanne lange und nachdenklich an. Es ist diese ganz schön poetische Bildsprache, die uns über einige Längen im Film hinwegpickt.

Baghdad in my Shadow von Samir läuft zurzeit in den Kinos.

work**xl** der wirtschaft

Daniel Lampart

UNERTRÄGLICHE PRÄMIENLAST FÜR VIELE FAMILIEN

Vielen Leuten mit einem normalen Lohn graut es, wenn der Briefträger die Krankenkassenrechnung bringt. Ganz einfach, weil sie langsam nicht mehr wissen, wie sie die Rechnung bezahlen sollen.

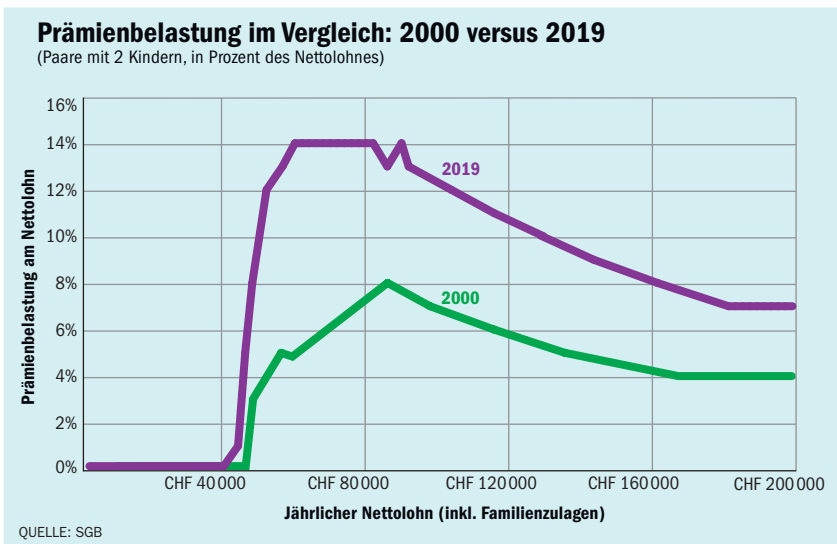
Die Krankenkassenprämien sind in den letzten 20 Jahren um rund 120 Prozent gestiegen. Die Prämienverbilligungen hielten mit dieser Entwicklung nicht annähernd Schritt (plus 40 Prozent). Viele Paarhaushalte mit Kindern müssen heute im Schweizer Durchschnitt 14 Prozent ihres Nettolohnes für Krankenkassenprämien ausgeben. Das ist mehr als doppelt so viel wie vor 20 Jahren.

UNGERECHT. In einigen Kantonen erreicht die Belastung für gewisse Haushalte sogar mehr als einen Fünftel des Nettolohnes – trotz Prämienverbilligung. Dazu kommen die Selbstbehalte, die Gesundheitsdienstleistungen und Medikamente,

die nicht von den Krankenkassen übernommen werden. Die Topverdienerhaushalte müssen sich hingegen keinerlei Gedanken machen. Weil die Krankenkassenprämien für alle gleich hoch sind, zahlen sie diese aus der Portokasse. Sie brauchen dafür nur rund 2 Prozent ihres Nettolohnes.

INITIATIVE. Damit die Prämienlast für Normalverdienende wieder etwas erträglicher wird, ist eine Erhöhung der steuerfinanzierten Prämienverbilligungen überfällig. Die Volksinitiative, dass niemand mehr als 10 Prozent des Einkommens für die Krankenkasse ausgeben muss, ist ein wichtiger Schritt. Längerfristig führt aber kein Weg an einkommensabhängigen Prämien vorbei.

SPARPOTENTIAL. Natürlich muss man sich auch die Kostenentwicklung anschauen. Doch Illusionen sollte sich niemand machen. Sparpotential gibt



es sicher noch beim Föderalismus, der in gewissen Regionen zu hohen Spitalkosten führt. Bei der Pharma, die gut an den Medikamenten verdient. Oder bei Spezialärzten, die unnötige Behandlungen verordnen.

Doch wenn man keine Zweiklassenmedizin will, ist das Sparpotential bald ausgeschöpft.

Daniel Lampart ist Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB).

Flüchtlingshilfe Schweizer Freiwillige

Der Simmentaler Bergbauer Thomas Hirschi wählte eigentlich immer SVP. Doch dann kam die grosse Migrationskrise, und seine Freundin nahm ihn mit nach Griechenland. Um überlebenden Bootsflüchtlings zu helfen. Was die beiden an den griechischen Stränden und in den Flüchtlingslagern sahen, veränderte ihr Leben. Die Filmschaffenden Anna Thommen und Lorenz Nufer haben Hirschi und weitere Schweizer Flüchtlingshelferinnen und -helfer begleitet und porträtiert. Daraus ist der brillante Dokumentarfilm «Volunteer» entstanden, der im Rahmen des Human Rights Film Festivals in Zürich noch einmal ins Kino kommt.

18.30 Uhr: Film **Volunteer** (2019), 94 Minuten, 19 Franken.
20.15 Uhr: **Podiumsdiskussion über Seenotrettung, Solidarität und kriminalisierte Hilfe.** Mit Filmemacher Lorenz Nufer, mit Flüchtlingshelferinnen und -helfern sowie mit Lisa Salza von Amnesty International. 9. Dezember, Kosmos, Lagerstrasse 104, Zürich www.humanrightsfilmfestival.ch

16-Tage-Kampagne Gegen Gewalt an Frauen

In der Schweiz tötet alle zwei Wochen ein Mann seine (Ex-)Partnerin. Und sogar wöchentlich kommt es zu Mordversuchen an Frauen. Gewalt gegen Frauen ist aber nicht einfach die natürliche Folge eines «Beziehungs dramas». Vielmehr entspringt diese Gewalt einer Gesellschaft, die noch immer auf patriarchalen und stereotypen Geschlechterrollen aufbaut. Dagegen



FOTO: CFD

kämpft seit über 10 Jahren die internationale Kampagne «16 Tage gegen Gewalt an Frauen». In der Schweiz liegt der diesjährige Fokus auf der Gewalt an Frauen im Alter. Landesweit sind hierzu verschiedene Aktionen, Filmvorführungen, Vorträge und Selbstverteidigungskurse angekündigt.

www.16tage.ch

Reportage Die Rojava- Revolution

Kurz nachdem US-Präsident Donald Trump seine Truppen abgezogen hatte, startete die türkische Armee ihren völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf Rojava, die kurdischen Gebiete Nordsyriens. Denn dort entstand mitten im syrischen Bürgerkrieg ein Gesellschaftsmodell, das auf Demokratie, multiethnischer Gleichberechtigung und Frauenbefreiung fusst. Derartige Experimente fürchten der türkische Machthaber Recep Tayyip Erdoğan und sein diktatorisches Regime wie die Pest. Einem Arte-Reporterteam ist es noch vor der Invasion gelungen, die Rojava-Revolution und den freideitlichen Gesellschaftsaufbau zu begleiten. Das einzigartige Zeitdokument steht noch bis Ende Januar online zur freien Verfügung

Der Traum der Kurden: Rojava, 44 Minuten, bis am 21. 1. 2020 online unter: rebrand.ly/rojaya



Das offene Ohr
Markus Widmer
von der Unia-Arbeitslosenkasse
beantwortet Fragen
aus der Arbeitswelt.

Kündigung mit 63: Soll ich mich jetzt pensionieren lassen?
Ich arbeite in einer Druckerei. Die Auftragslage ist schwierig. Ich habe deshalb im Alter von 63 Jahren die Kündigung aus wirtschaftlichen Gründen bekommen. Meine Firma will sich nicht an der Finanzierung einer Frühpensionierung beteiligen, aber sie hat mich aufgefordert, mich diesbezüglich beraten zu lassen. Ich habe dies getan. Die Pensionskasse offeriert mir nur den im Rücktrittsalter von 63 Jahren üblichen Umwandlungssatz von 4,88. Meine Rente wäre so tief, dass es nicht zum Leben reichen würde. Muss ich mich trotzdem frühpensionieren lassen?

MARKUS WIDMER: Nein. Melden Sie sich besser bei der Arbeitslosenkasse an. Würden Sie die Frühpensionierung annehmen, müsste die Arbeitslosenkasse die Rente an das Arbeitslosentaggeld anrechnen, und Ihr Taggeld würde deshalb tiefer ausfallen. Stattdessen empfehlen wir Ihnen, Ihr Freizügigkeitskapital auf zwei verschiedene Freizügigkeitskonten an zwei verschiedene Banken zu überweisen. Die Arbeitslosenentschädigung endet spätestens mit Erreichen des Pensionsalters. Anschlies-



ACHTUNG FRÜHPENSIONIERUNG: Das RAV kann die bessere Option sein, um Renteneinbussen zu verhindern. FOTO: KEY

send können Sie das Freizügigkeitskapital in Kapitalform beziehen. Wir empfehlen Ihnen, den Bezug auf zwei Jahre aufzuteilen, da die Steuerbelastung so tiefer wird.

Kurz vor der Pensionierung gekündigt: Soll ich mir das Pensionskassenkapital auszahlen lassen?

Ich wurde im Alter von 60 Jahren aus wirtschaftlichen Gründen entlassen. Ersparnisse habe ich fast keine. Meine Firma empfiehlt mir nun, das Pensionskassengeld in Höhe von 600 000 Franken auszahlen zu lassen (Kapitalbezug). Soll ich das tun?

MARKUS WIDMER: Nein, denn Sie würden damit weniger Geld von der Arbeitslosenkasse erhalten. Altersleistungen werden nämlich vom Arbeitslosentaggeld abgezogen. Egal, ob Sie diese in Renten- oder Kapitalform erhalten. Ihre Kapitalauszahlung würde in eine lebenslange Rente umgewandelt. Bei einem Mann in Ihrem Alter beträgt der Umwandlungsfaktor 17,2. Da Sie 600 000 Franken als Kapital beziehen, muss Ihnen die Arbeitslosenkasse als fiktive Rente 2906.95 Franken (600 000 : 17,2 : 12) von der Arbeitslosenentschädigung abziehen. Wir empfehlen Ihnen deshalb, Ihr Pensionskassenkapital auf zwei Freizügigkeitskonten an zwei verschiedenen Banken zu überweisen. Sie erhalten somit ein ungeschmäler-tes Arbeitslosentaggeld. Das Pensionskassengeld würden wir erst nach erfolgter Aussteuerung in zwei Raten auf zwei Jahre verteilt beziehen (siehe Frage oben).

Rechtsschutz für Unia-Mitglieder

Ein täglicher Kampf gegen Un

Haben Sie Ihren Lohn nicht erhalten? Hat Ihr Chef die Überstunden nicht ausbezahlt? Oder werden Sie an Ihrem Arbeitsplatz diskriminiert? Die Unia-Rechtshilfe berät Sie in solchen Fällen. Und begleitet Sie wenn nötig bis vor Gericht.

MARTIN JAKOB

Zu Besuch bei der Rechtsberatung der Unia-Region Zürich-Schaffhausen: «Grüezi, ich habe meinen Lohn seit September nicht erhalten, und der Chef vertröstet mich immer wieder. Wie soll ich da vorgehen?» – «Meine Firma will die Überstunden nicht bezahlen!» – «Ich werde bald pensioniert und habe mir jetzt mal die AHV berechnen lassen. Jetzt behaupten die, ich hätte eine Beitragslücke von fünf Jahren. Dabei habe ich doch mein Leben lang gearbeitet!»

Unrecht geschieht in der Arbeitswelt täglich. Und regelmässig fragen sich Betroffene, wie sie sich wehren sollen – ohne vertiefte Kenntnisse von Gesetzen, Verordnungen und Verträgen. Die Ratsuchenden in unseren Beispielen haben den wichtigen ersten Schritt getan: Sie haben ihr Anliegen der Unia-Rechtsberatung mitgeteilt.

SCHNELLE ERSTE HILFE

«In der Unia-Region Zürich-Schaffhausen haben wir die Beratung zweistufig organisiert», erklärt Susana Pereira, die Leiterin des Rechtsdienstes dieser Region: «Auf dem Service Level 1 kümmert sich ein Team um die Fallannahme und klärt den Sachverhalt ab. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieses Teams kennen sich aus mit den Gesamtarbeitsverträgen und können Fragen, die sich dank GAV klären lassen, direkt beantworten. In jedem Fall werden bereits in dieser Phase die Fristen geklärt und Sofortmassnahmen besprochen, denn allzu oft gehen Rechtsansprüche verloren, weil Fristen nicht beachtet werden.»

TIPP 1 Achten Sie bei den Dokumenten auf Fristen. Reagieren Sie rechtzeitig, oder nehmen Sie möglichst sofort mit dem Unia-Rechtsschutz Kontakt auf!

IN DER MUTTERSPRACHE

Lässt sich eine Anfrage nicht bereits in dieser ersten Phase klären, kommt der Fall ins Service Level 2.



GERECHTIGKEIT MUSS SEIN: Der Unia-Rechtsschutz erstreitet für seine Mitglieder jedes Jahr Entschädigungen in Höhe von rund 12 Millionen Franken. FOTO: PEXELS

Dort teilen sich insgesamt neun Beraterinnen und Berater – fünf in Zürich und je zwei in Winterthur und Schaffhausen – die Bearbeitung komplexer Fälle, die sie je nach Standort, Rechtsgebiet und Sprache zugewiesen erhalten.



Susana Pereira.

sagt Susana Pereira, deren eigene Muttersprache Portugiesisch ist. «Vielsprachigkeit ist ein wichtiges Merkmal unserer Beratungsqualität. So können wir Mitgliedern, die Deutsch schlecht verstehen, komplizierte Sachverhalte verständlich machen. Auch beziehen wir uns auf den gleichen kulturellen Hintergrund und können so Missverständnisse besser ausräumen. Damit entsteht eine Vertrautheit, die von den Ratsuchen-

den in ihrer schwierigen Situation sehr geschätzt wird.»

MEHRERE BETROFFENE

Fremdsprachen waren auch in jenem Fall gefragt, als dieses Jahr gleich 18 Mitarbeitende eines Subunternehmers auf einer Grossbaustelle im Kanton Zürich ihre Löhne nicht mehr erhielten. Alle stammten aus Osteuropa. An zwei Informationsanlässen wurden alle Betroffenen gemeinsam über die Rechtslage und die Sozialversicherungen in der Schweiz aufgeklärt,

«Vielsprachigkeit ist Teil der Qualität unserer Beratung.»

ausserdem verfasste der Rechtsschutz für jeden einzelnen die eingeschriebene Mahnung über die individuellen Lohnansprüche. «Seither sind die August- und Septemberlöhne bei allen eingetroffen», berichtet Pereira. «Natürlich bleiben wir dran!»

TIPP 2 Oft betreffen Verstösse gegen Arbeitsrechte nicht nur einzelne Personen, sondern ganze Teams oder Belegschaften. Fragen Sie im Kreis Ihrer Kolleginnen und Kollegen nach. Und wenden Sie sich dann gemeinsam an die Unia!

BELEGE, BELEGE

Ein Klassiker in der Rechtsberatung sind Streitfälle um die Auszahlung geleisteter Überstunden. Auch melden sich immer wieder Mitglieder, die viele Jahre nach einem Arbeitsverhältnis bemerken, dass der damalige Arbeitgeber die Sozialversicherungsbeiträge nicht pflichtgemäss einbezahlt hat. Was beide Fälle verbindet: Guter Rat ist umso teurer, je schlechter die Ratsuchenden dokumentiert sind. «Bei strittigen Überstunden hilft es enorm, wenn die Rapporte dazu regelmässig von der Firma visitiert sind, auch wenn sie von der Arbeitskraft selber zu führen waren», sagt Susana Pereira. «Und aufs Kompensieren von AHV-Beitragslücken, die durch Verschulden des

Körper- und Mundgeruch stellen die Harmonie im «Macht das Fenster auf,



HIER STINKT'S: Auf unangenehme Ausdünstungen reagiert die Nase empfindlich.

FOTO: ISTOCK

Wenn der Schweiss zum Himmel stinkt und Knoblauchatem die Luft verpestet, gerät der Teamfriede aus dem Lot. Was tun?

MARTIN JAKOB

Kommt Hanna in Ihre Nähe, weichen Sie automatisch zwei Schritte zurück. Eine nette Kollegin – aber dieser Mundgeruch! Als würde man ein Zimmer betreten, das

jahrelang nicht gelüftet wurde. Und sobald Hanspeter den Pausenraum betritt, trinken Sie rasch Ihren Kaffee aus und gehen ins Freie: Diese süss-säuerliche Ausdünstung stinkt Ihnen gewaltig.

BLINDER FLECK. Unangenehme Gerüche eines Kollegen oder einer Kollegin können die Zusammenarbeit stark belasten.

Anzüglichkeiten und Duftsprays lösen das Problem nicht.

Dabei müssten die Stinker doch selber merken, dass sie unsere Nasen strapazieren! Tun sie eben nicht. Menschen nehmen ihren Eigengeruch häufig selbst nicht wahr. Ihre Nase hat sich

ans Aroma gewöhnt und empfindet es als Normalität. Ein klassischer blinder Fleck. Dar- aus ergeben sich für Sie zwei Fragen: Wie sag ich's meinem Kumpel, dass er störend riecht? Und wie kann ich verhindern, dass ich selber als Stinkbombe taxiert werde?

ANSPRECHEN. Einer Kollegin freundlich sagen, sie habe einen Winkel schräg montiert, ist eine Tatsachenfeststellung und daher nicht so schwer. Geruch jedoch ist erstens subjektive Wahrnehmung und zweitens nahe an der Intimsphäre eines Menschen. Da ist die Hemmschwelle zur Kritik hoch. Und doch muss es sein, denn indirekte Hinweise helfen nicht weiter: Fenster aufreissen, aus dem Weg gehen, Nase zuhalten,



**UNIA RECHTSSCHUTZ
FÜR MITGLIEDER**

DIE REGELN

Die Unia gewährt ihren Mitgliedern Rechtsschutz auf diesen Gebieten:

- 1. Im Arbeitsverhältnis:** Im Schutz enthalten sind Streitigkeiten mit dem Arbeitgeber, mit staatlichen Behörden oder mit Versicherungen, die mit dem Arbeitsverhältnis verbunden sind, mit Ausnahme der Nichtberufsunfallversicherung. Inbegriffen sind Rechtsstreitigkeiten aus Unfällen auf dem direkten Arbeitsweg sowie Fälle von Diskriminierung und Mobbing am Arbeitsplatz.
- 2. Bei Arbeitslosigkeit, Rente und Erfüllung der Dienstpflicht:** Alle Rechtsstreitigkeiten mit Sozialversicherungen, die während der Zeiten entstehen, in denen Sie als Mitglied arbeitslos sind, Rentnerin oder Rentner sind oder Militär-, Zivil- oder Zivilschutzdienst leisten.
- 3. Bei gewerkschaftlichen Einsätzen:** Alle Streitigkeiten, die in direktem Zusammenhang mit der gewerkschaftlichen Tätigkeit stehen.
- 4. Bei Migrationsproblemen:** Eingeschlossen sind ausländerrechtliche Streitigkeiten im Zusammenhang mit Aufenthaltsbewilligungen und Familiennachzug.

DREI MONATE. Vom Rechtsschutz kann jedes Mitglied profitieren, das zum Zeitpunkt des Ereignisses seit mindestens drei Monaten der Unia angehört und keine Beitragssausstände von mehr als drei Monaten aufweist. Sind diese Bedingungen nicht erfüllt, erhält ein Mitglied zwar eine unentgeltliche Rechtsberatung im Rahmen einer Hilfe zur Selbsthilfe, jedoch keine weiteren Leistungen. Für alle Mitglieder gilt zudem: Besteht der Vorwurf einer vorsätzlichen Straftat, wird Rechtsschutz nur gewährt, wenn der Vorwurf im Zusammenhang mit einer gewerkschaftlichen Tätigkeit erhoben wird.

DER ERSTE SCHRITT. Melden Sie Ihren Rechtsfall ans regionale Sekretariat (im Fall der Region Zürich-Schaffhausen: via Website, E-Mail oder Besuch am Schalter: andere Regionen siehe deren Websites). Beim Erstkontakt wird das für Ihren Fall zweckmässigste weitere Vorgehen festgelegt. (jk)

WORKTIPP

**RECHTSSCHUTZ
RUNDUM**

Der Unia-Multi-Rechtsschutz von Coop Rechtsschutz bietet Mitgliedern die passende Ergänzung zum gewerkschaftlichen Rechtsschutz. Er schützt bei allen wichtigen Rechtsfragen im privaten Haushalt. Neben dem Verkehrsrecht (Bussen, Ausweisentzüge, Unfälle) sind dies auch Rechtsstreitigkeiten mit privaten Versicherungen, Vermietern, Krankenkassen, Ärztinnen, Reisebüros, Händlern. Mit einer Jahresprämie von 120 Franken kostet diese Anschlussversicherung deutlich weniger als andere Rechtsschutzangebote in der Schweiz (Prämien zwischen 200 und 360 Franken). www.unia.cooprecht.ch

densrichterämtern und Gerichten grundsätzlich selber durch. Je nach Komplexität des Falls und nach Höhe des Streitwerts ziehen sie in Absprache mit der Rechtsabteilung in der Unia-Zentrale in Bern Vertrauensanwälte bei.

Ob vor Gericht oder mit aussergerichtlichen Regelungen: pro Jahr erstreitet der Unia-Rechtsschutz rund 12 Millionen Franken Entschädigungen. Und unterstützt Tausende von Mitgliedern schnell, kompetent und kostenlos in der Durchsetzung ihrer Ansprüche.

Arbeitgebers und ohne Wissen der Versicherten entstanden sind, haben letztere ein Anrecht – aber sie müssen ihren Anspruch beweisen können. Das ist dann bei lange zurückliegenden Fällen manchmal enorm schwierig.»

TIPP 3 Lassen Sie sich Ansprüche, die Sie als Arbeitnehmende haben, regelmässig bestätigen. Bewahren Sie solche Dokumente auf. Und bestellen Sie bei der AHV etwa alle zwei Jahre sowie bei Arbeitgeberwechseln einen Kontoauszug.

VOR RICHTER, WENN NÖTIG

Zwar bemühen sich die Rechtsberaterinnen und -berater der Unia, die Fälle gütlich zu regeln. Dennoch bleibt manchmal nichts anderes übrig als der Gang vor Amtsstellen oder vor Gericht.

Unia-Frau Pereira stellt fest: «In den vergangenen Jahren haben die Firmen ihren Rechtsschutz deutlich aufgerüstet und sind prozessfreudiger geworden.» Die Rechtsberaterinnen und -berater führen Verhandlungen bei Frie-

Team auf die Probe
Hanspeter kommt! »

Duftspray versprühen, Tuscheln und verbale Anspielungen schaffen nur weitere Spannungen. So können Sie geschickter vorgehen:

- Die Person unter vier Augen aufs Problem ansprechen, das Gespräch wertschätzend (zum Beispiel mit einem Kompliment) eröffnen und dann ohne Umschweife aufs Thema kommen. Freundlich um Massnahmen bitten. Verständnis zeigen – vielleicht steckt hinter der Ausdünstung ein medizinisches Problem oder eine schwierige private Situation.
- Fühlen sich im Team mehrere vom schlechten Geruch betroffen, sollte fürs Gespräch jene Person ausgewählt werden, die dem Verursacher am nächsten steht – und vom gleichen Geschlecht ist.

SELBER VORBEUGEN. Stellen Sie sich vor, Sie sprechen ein Gschpänli im Team auf seinen Körpergeruch an – und Sie tun es aus stinkendem Munde. Igitt, wie peinlich. Das können Sie tun, um keine schlechten Gerüche zu verbreiten:

- **Mundgeruch:** Viel Wasser trinken, regelmässig Zähne und Zahnzwischenräume putzen, Zungenbelag entfernen (dafür gibt's extra Zungenkämme), vor wichtigen Treffen auf Speisen mit Stinkverdacht verzichten (zum Beispiel mit Knoblauch, Zwiebel, Curry). Hilft alles nichts: Zahnarzt konsultieren; möglicherweise besteht eine Entzündung im Mundraum.
- **Körpergeruch:** Angemessene Körperhygiene ist selbstverständlich. Vor allem bei schweisstreibender Arbeit luftige, nicht

zu enge Kleidung wählen, am besten aus natürlichen Materialien wie Baumwolle. Kleider, die Sie mehrmals ohne Waschen tragen wollen, über Nacht auslüften. Starke Achselbehaarung rasieren: In den Haaren bleibt der Schweiß besonders leicht haften.

Das A und O: Mund- und Körperhygiene.

ten, und Bakterien produzieren die Stoffe, die den Schweiß erst zum Stinken bringen. Bei unerklärlichen Ausdünstungen ärztlichen Rat suchen.

Also: Sorgen Sie dafür, selber angenehme Düfte zu verbreiten, und helfen Sie anderen, ihren blinden Fleck zu erkennen. Dann ist schon viel dafür getan, dass sich alle im Team gut riechen können.

MUNDGERUCH

**TRICK
MIT SACK**

Habe ich Mundgeruch? Andreas Filippi, Professor am Universitären Zentrum für Zahnmedizin Basel, rät für den Selbsttest zum Trick mit Sack: Nehmen Sie eine grosse Plastiktüte, atmen Sie durch die Luft ein und in die Tüte vor dem Mund aus, bis diese voll ist. Verschlossen halten und etwa zehn Minuten frische Luft atmen. Danach die Tüte öffnen. An der Ausströmung riechen. Rebelliert jetzt Ihre Nase? Dann werden es auch die Nasen in Ihrer Umgebung tun... (jk)

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



NOCH 148 MAILS CHECKEN: Wenn Sie so viele E-Mails lesen müssen wie *Singer-Songwriter Tim Benzko*, helfen Ihnen dabei die Zusatz-Features nachträglich installierter Apps. FOTO: SHUTTERSTOCK

Die besten Smartphone-Apps für Mails

Wer viele E-Mails erhält und schreibt, verliert schnell die Übersicht. Oder klickt bei gefälschten Mails auf einen gefährlichen Link. Diese fünf Mail-Apps können mehr als viele vorinstallierte Mailprogramme.

Aquamail (Android, gratis; Pro-Version 20 Franken). Viele Einstellungsmöglichkeiten. Wie der Posteingang aussieht, lässt sich individuell ändern. Wer mehrere Mailkonten hat, kann sich alle E-Mails in einem einzigen Postfach anzeigen lassen.

FairEmail (Android, gratis). FairEmail konzentriert sich auf die Sicherheit. Wenn Sie auf einen Link in einer Nachricht klicken, fragt die App nach, ob Sie die Website wirklich öffnen möchten. Zudem wird die genaue Link-Adresse eingeblendet, so dass Sie Phishing-Mails besser erkennen. Auch Spionagedateien in E-Mails werden automatisch erkannt und deaktiviert.

Maldroid (Android, gratis; werbefrei für Fr. 4.90). Die App lässt sich mit einem Passwort vor fremden Blicken schützen. Praktisch: Die App enthält eine Rechtschreibprüfung und Textbausteine.

K-9 Mail (Android, gratis). Die App ist Open-Source-Software, die Spionage erschwert. Die Bedienung ist sehr gut. Nachteil: Das Layout der Mail-Übersichtsliste wirkt überladen.

Timyo (iPhone, 3 Franken). Vorteil: Mails, die im Moment nicht interessieren, lassen sich mit einer einzigen Bewegung ausblenden – bis zum nächsten Tag, bis Ende Woche oder einem anderen Termin. So sind nur die aktuell wichtigen Nachrichten im Posteingang sichtbar.

MARC MAIR-NOACK

Ihre Reka-Checks für 2020
Wie Bargeld – nur günstiger

Mit Reka-Checks billiger Zug fahren, ins Hotel oder in den Zoo. Beachten Sie die Dezember-Post der Unia!

Ein Einzahlungsschein, der Ihnen Geld einbringen soll – wie soll das gehen? So: Als Unia-Mitglied haben Sie Anrecht auf vergünstigtes Reka-Geld im Wert von 500 Franken pro Jahr. Dazu erhalten Sie im Dezember ei-

Für Bahn und Benzin, Zirkus und Zoo.

nen Einzahlungsschein, auf dem der Rabatt schon berücksichtigt ist. Nach der Bezahlung schickt Ihnen die Reka die Checks zu oder schreibt den Be-

trag auf der Reka-Card gut. Falls Sie gerade nicht flüssig sind: der Einzahlungsschein gilt bis Ende November des Folgejahres. So können Sie die Zahlung auch auslösen, wenn Sie für die Gutscheine eine besonders gute Verwendung haben.

VIELSEITIG. Reka-Checks sind an vielen Stellen in der ganzen Schweiz einlösbar – nicht nur für Bahn und Benzin. Sondern zum Beispiel auch für 450 Hotels und Restaurants. Oder für gegen 500 Freizeit- und Event-Orte vom Museum bis zum Zirkus oder Zoo. Einem Fuchs werden Sie im Zoo eher nicht begegnen. Aber schlau sind Sie ja mit Ihren Reka-Checks selber! (jk)

Alle Einlösestellen auf www.rekaguide.ch

workrätsel 3 Coop-Gutscheine à je Fr.100.– zu gewinnen!



Die Gutscheine können bei Coop sowie Unternehmen der Coop-Gruppe eingelöst werden.

Coop Rechtsschutz wünscht Ihnen Glück und viel Spass beim anschliessenden Einkauf!

coop rechtsschutz einfach anders.

LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR. 19 Das Lösungswort lautetete: RUECKGRAT

U	M			B	B			A	K			
N	A	M	I	B	I	A		W	E	I	B	L
B	R		R		S	T	R	E	U	L	I	N
E	T	H	I	S	C	H		B	I		L	O
A	L	I	E	N	H	B	E	N	A	R	E	S
E		C		K	O	S	I	N	U	S		G
B	E	H	E	L	F	E		D	M	E	L	A
E	T	A	T	A	E	R	L	E	B	E	N	L
G		S		S				R				
A	L	I	A	S		L	M	S	E	N	A	T
A	S	E		R	E	S	P	E	K	T	X	
T		A	N	N	O	N	C	E		Y		
H	O	R	T	U	H		F	L	A	U	M	
M		M	I	S	T	G	A	B	E	L		
T	A	G	E	S	H	E	I	M		H	A	

DEN PREIS, eine Übernachtung im Hotel FloraAlpina in Vitznau LU für zwei Personen, hat gewonnen: Heinz Klink, Kreuzlingen TG. Herzlichen Glückwunsch!

weiter be- stehen	↙	↙	Hygiene- produkt	heilige Schale d. Artus- sage	öffentl. An- hörung (engl.)	↙	↙	Humus	arg. schlimm	Halb- kanton (Abk.)	Nahrung zu sich nehmen	↙	Flächen- mass	↙	an dieser Sache	Golf- schlä- gerträger	Meeres- raub- fisch	Roman von Stephen King (dt.)
Wissens- durst	→			9				darf in Genf nicht mehr fahren	→				Schiff Noahs	→				
Prin- cess of Wales † (Kurzf.)	→		Faser- rest		Post- an- schrift	→			11				Höhen- zug in Syrien		Tier- kadaver	→		
1989 : Kopp- ...	→							Dresch- raum		Wett- kampf- klassen		katalan. Architekt † 1926 (Antoni)	→					Bade- bottich
↙					ohne Zeit- verzö- gerung		Komm- nika- tions- mittel	→	2						von geringer Grösse		Fleisch- scheibe	↙
Unrat		Daten- eigabe		weibl. Gross- kind	→							all- täglich, nichts- sagend		Abk.: Kinder- tages- stätte	→		13	
zer- klüftet, brüchig	→						ind. Medi- tations- zentrum		1		Gemein- de am Genfer- see		schies- sen (ugs.)	→				
↙				Küsten- saum in Italien		beein- druckt	→							Pass im Wallis		einge- schaltet	→	
brit. Prin- zessin		Gewürz- ständer		sanft fallen (Schnee)	→						Abwas- serkanal		Hai- fisch- flosse	→		8		
tapfer, kühn	→					Laub- baum		krauses Gewebe			kirchen- recht- liche Norm	→				(jmdm. etwas) zufragen		Anfänger
↙				alkohol. Hopfen- getränk		Welt- beginn	→		3				Frauen- kurz- name		Stamm- vater	→	6	
Kunst- stoff		Tisch- kugel- spiel			12						niederl. Airline		gefro- rener Nieder- schlag	→		5		
Solo- stück in der Oper	→					Abk.: Madame	→			Haupt- stadt v. Afgha- nistan	→				Keim- zelle		frz. Artikel	
abtreten- der SP-Prä- sident		Hinter- lassen- schaft	→					grössere Men- schen- menge	→				berufliche Vorsorge : 2. ...	→				
↙						internat. Presse- agentur	→			Arzt	→							

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13

Lösungswort einsenden an: work, Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch Einsendeschluss 6. Dezember 2019

«Licht ins Dunkel!»

Belästigung:
Wir reden darüber!

Sexuelle Belästigung gehört für viele Lernende zum Alltag. Sprechen wir darüber, damit die Missstände nicht im Dunkeln bleiben! Gemeinsam wollen wir Belästigung in der Lehre bekämpfen.

Hast du schon Belästigung erlebt?
Erzähle uns deine Geschichte.

www.unia.ch/licht-ins-dunkel



WORKLESERFOTO

WORKFRAGE VOM 15. 11. 2019

Wie beurteilen Sie bis jetzt den Leistungsausweis von SGB-Chef Pierre-Yves Maillard?

WEITER SO, KOLLEGE!
Im Moment ist der neue SGB-Chef in der Deutschschweiz noch nicht so bekannt wie sein langjähriger Vorgänger. Aber ich bin sicher, dass sich das bald ändern wird. Maillard hat gute Ideen und kann diese kraftvoll vertreten. Im work-Interview, aber auch in der Samstagsrundschau im Schweizer Radio. Weiter so, Kollege!

URS KOLLER, ZÜRICH

DAS KOMMT GUT!
Pierre-Yves Maillard hat mich bisher sehr überzeugt – obwohl ich bei seiner Wahl eher skeptisch war und nach den vielen Jahren Paul Rechsteiner an der SGB-Spitze eine Frau gewünscht hätte. Aber was Maillard in den ersten Monaten seiner Amtszeit in Sachen Gleichstellung, Frauenlöhne und Frauenrenten gesagt und zum Teil schon erreicht hat, gefällt mir sehr.

DORA BRANDENBERGER, BIEL

Bereit für die grosse Reise

WANN 7. November 2019
WO Sils Maria GR
WAS Zugvögel bereiten sich nach dem ersten Schneefall auf ihre Reise in wärmere Gegenden vor.
Eingesandt von Ursula Kocher, Grünen BE

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
Senden an redaktion@workzeitung.ch, **Betreff** «Leserfoto»

WORKPOST



WORK 19 / 15. 11. 2019: PIERRE-YVES MAILLARD: «NATIONALBANK-MILLIARDEN FÜR DIE AHV»

Super!

Die beste Idee ever.
ERIKA GYGAX, VIA FACEBOOK

Kein höheres Rentenalter

Ich bin der Meinung, dass eine Erhöhung des Rentenalters stupid wäre für Frau wie Mann. Wer über das Pensionsalter hinaus länger arbeiten will, kann dies jetzt schon machen mit entsprechendem Aufschub der Rentenauszahlung. Wir kommen nicht darum herum, die Pensionskasse abzuschaffen und freiwillig wie die jetzige dritte Säule zu behandeln; bestehende PK-Gelder in einer Übergangsfrist noch auszuzahlen und PK-Immobilien in günstige Wohnungen statt teure Büros umzuwandeln. Die AHV wird so gestärkt, und der Verwaltungs-

aufwand hält sich in Grenzen. Wohnungen können so länger benutzt werden, da sie auch im Alter noch finanzierbar sind, und es entfallen hohe Alters- und Pflegekosten in Heimen. Es muss langfristiger kalkuliert werden. Was die Grünliberalen von uns wollen, nein danke, an den Absender zurück!

LAURE MÜLLER, ZÜRICH

WORK 19 / 15. 11. 2019: 1989 VERLOR DIE SCHWEIZ IHRE UNSCHULD

Danke, Frau Kopp

Aus dem Artikel ist ersichtlich, dass das Telefongespräch von Frau Bundesrätin Elisabeth Kopp mit ihrem Mann und die darauf folgende Einsetzung der PUK zur Entdeckung des Fichenskandals geführt haben. Frau Kopp hat ihre Quittung in Form des erzwungenen Rücktritts erhalten. Ohne ihren Telefonanruf wären aber die Fichen mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht

entdeckt worden, und es würde heute noch gesammelt. Insofern sollte man Frau Kopp sogar dankbar sein, dass sie telefoniert hat! An den Fichenskandal erinnere ich mich noch gut. Ich war 1987 bei Fidel Castro in den Ferien (nicht aus politischen Gründen) und wollte daher wissen, ob die Reise nach Kuba zu einer Registrierung geführt habe. Auf meine Anfrage erhielt ich die Antwort, ich sei in dieser Sammlung nicht verzeichnet. Worauf meine Frau meinte: «Da siehst du, wie wichtig du bist!» Nicht einig bin ich mit den Historikern in der Frage, ob die Armee die Schweiz vor einem Angriff der Deutschen bewahrt habe. Hätten wir keine Armee gehabt, wären wir mit einiger Sicherheit schon zu Beginn des Krieges überfallen worden. Die Deutschen mussten damit rechnen, bei einem Angriff auf die Schweiz zu viele Soldaten zu verlieren. So schoben sie den Angriff auf später auf und sangen am Radio: «Die Schweiz, das kleine Stachelschwein, das nehmen wir auf dem Rückweg ein!» Zum Rückweg kam es dann nicht mehr. Insofern hat Herr von Salis recht gehabt mit der Feststellung, dass auch andere für uns geblutet hätten.

WILLI AERNE, STAAD SG

WORK 19 / 15. 11. 2019: BVG-HUNGERRENTEN FÜR FRAUEN MIT TIEFLOHNJOBS

Erschreckend

Die Zahlen zu den Frauenrenten der Pensionskassen sind schockierend. Der Kompromiss, den die Gewerkschaften mit den Arbeitgebern ausgehandelt haben, geht zwar in die richtige Richtung, ändert aber

nichts daran, dass das ganze Pensionskassensystem ein unsozialer Murks ist.

ELISABETH SCHÄRER, PER MAIL

Das falsche System

Die krass niedrigen Frauenrenten im BVG sind nur ein weiterer Beleg dafür, wie falsch das Pensionskassensystem als Ganzes ist. Die Rechten haben das BVG im Interesse der Finanz- und Versicherungsindustrie durchgedrückt. Auch, um die AHV zu schwächen. Und jetzt sehen wir das Resultat. Wir bezahlen immer mehr ein und bekommen immer weniger Rente. Viel besser wäre es, die AHV zu stärken. Sie ist die günstigste Art der Altersvorsorge und ist solidarisch. Vom BVG profitieren in erster Linie Banken und Versicherungen und ihre Aktionäre. Und die Grossverdienenden, die gleich auch noch Steuern sparen können. Höchste Zeit, das ganze System zu ändern!

FELIX BERGER, PER MAIL

WORK 19 / 15. 11. 2019: EIN BIG BOSS FLIEGT AUF

Unglaublich

Und dann gibt es immer noch Leute die FlaM und GAV schleifen wollen. Igitt.

ZOLTAN DOKA, VIA FACEBOOK

Sauerei

Eine bodenlose Sauerei ist das!
KEN MARGRETH, VIA FACEBOOK

workquiz

Wie gut sind Sie?

1. Schnüffelstaat I: Wie viele Menschen hatte die Schnüffelpolizei bis 1989 bespitzelt, als der Fichenskandal aufflog?

a) 10000?
b) 150000?
c) 1 Million?
d) 3 Millionen?

2. Schnüffelstaat II: Wen fichierte die Schnüffelpolizei besonders oft?

a) Ausländerinnen und Ausländer?
b) Kommunistinnen und Kommunisten?
c) Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter?
d) AKW-Gegnerinnen und -Gegner?

3. Schnüffelstaat III: Wie wurden die Schnüffler auch noch genannt?

a) Filzhüte?
b) Schlapphüte?
c) Strohhüte?
d) Spitzhüte?

4. Schnüffelstaat IV: Was war der «Fichen Fritz»?

a) eine Berner Bar?
b) ein Zürcher Song?
c) ein St. Galler Fischladen?
d) eine Schweizer Zeitung?

Die Antworten finden Sie in dieser work-Ausgabe – oder, indem Sie sich oder die Zeitung auf den Kopf stellen!

Lösungen: 1c; 2abcd; 3b; 4d

MÉLISSA FARINE

FAMILIEN-
MENSCH

Mélissa Farine kommt aus St-Imier im Berner Jura. Obwohl sie jetzt in Genf lebt, ist sie ihrer alten Heimat sehr verbunden geblieben. Sobald sie Zeit hat, geht sie nach Hause zu ihren Eltern und ihrer Zwillingsschwester oder besucht ihre Freundinnen. «Das gibt mir Energie, da fülle ich meine Batterien auf.» Beginnt ihre Schicht erst um 16.30 Uhr, dann gehe sie oft noch kurz nach Hause zum Mittagessen – zwei Stunden hin, zwei Stunden zurück, natürlich im Zug.

SELBSTÄNDIG. Die Lehre hat Mélissa Farine bei Login in Biel gemacht. Login ist der Bildungspartner der SBB und anderer Bahnbetriebe. Für einen Teil der Ausbildung bestimmt Login, wo die Lernenden hinführen müssen. Deshalb wohnte Farine bereits als 15-Jährige alleine in der Jugendherberge in Lausanne. «Das ist gut! So wird man schnell selbständig.» Während sechs Monaten hat die Westschweizerin auch in Olten gearbeitet. «Am Anfang verstand ich nur Bahnhof, doch zum Glück lernte ich schnell die wichtigsten Wörter.» Mélissa Farine ist Mitglied beim SEV. Mit ihrem 100-Prozent-Pensum verdient sie 4539 CHF brutto.



Zugbegleiterin Mélissa Farine mag keinen monotonen Austausch

«Die Gäste sind mir anvertraut»

Ob nach Domodossola, Brig oder Luzern: Mélissa Farine begleitet die Reisenden, hilft, kontrolliert. Und verteilt auch mal eine Busse.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN | FOTOS MATTHIAS LUGGEN
Genf–Zürich via Neuenburg, im ICN. Dort arbeitet Mélissa Farine am liebsten. «Wenn ich diese Strecke fahren darf, dann wird es ein guter Tag.» Die 20-jährige knöpft den Mantel der Uniform auf, rückt die rote Umhängetasche zurecht und schüttelt lachend ihre roten Locken. «Weil es dem See entlang traumhaft schön ist. Und weil ich den Neigezug mag.»

Mélissa Farine ist Zugbegleiterin. Für sie steht weniger der Zug als die Begleiterin im Vordergrund: Das Schöne an ihrem Beruf sei, die Reisenden zu unterstützen. Zum Beispiel, wenn Touristen am Flughafen Genf einsteigen und keine Ahnung haben, wie sie von dort zu ihrem Hotel kommen. Farine sagt: «Die Fahrgäste sind mir anvertraut, ich fühle mich verantwortlich für sie.»

Generell seien die Leute freundlich. «Aber wenn ich natürlich am Montagmorgen im ersten Zug bereits auf gute Laune

make, kann ich verstehen, dass die Leute lieber schlafen möchten.» Ob es ihr gelinge, einen guten Kontakt mit den Fahrgästen zu haben, hänge stark von ihrer inneren Einstellung ab, erklärt Farine. «Wenn ich nicht ganz dabei bin, gibt es einen monotonen Austausch. Wenn ich aber voll präsent bin, ist meine Arbeit interessanter.» Wenn sie Zugchefin ist, darf sie viele Entscheidungen alleine treffen, kann also auch mal die Gäste erste Klasse fahren lassen, wenn die zweite voll ist.

Zufrieden ist sie dann, wenn sie auch in schwierigen Situationen eine Lösung findet, die für den Kunden oder die Kundin stimmt – und für sie selbst. Auch bei den Bussen. Da seien die Passagiere zunächst natürlich wenig erfreut. Aber wenn sie sich dann etwas Zeit nehme, mit dem Gast spreche, ihre Arbeit erkläre, dann seien die meisten schon wieder etwas positiver eingestellt. «Das ist meine tägliche Challenge!» Aber weil sie sehr offen sei und die Menschen liebe, falle es ihr nicht schwer.

Mélissa Farine ist seit fünf Jahren bei den SBB, sie hat bereits ihre Lehre dort gemacht. Nur ein einziges Mal hat sie in die-

ser Zeit eine wirklich unangenehme Situation erlebt. Es war Sommer, gefühlte 40 Grad draussen, über 1000 Passagiere an Bord, und in zwei Wagen streikte die Klimaanlage. «Ich war schweissschvitzig, gar nicht präsent, als ich in den Wagen kam.» Als sie dann die Billette kontrollieren wollte, schrie ein Mann sie an: Sie solle gescheiter die Klimaanlage anwerfen! Sie habe ihm dann erklärt, dass sie bereits alles Mögliche versucht habe, entschuldigte sich. Doch der Mann liess nicht locker, liess seine ganze Wut an ihr aus. «Er hat mich runtergeputzt, als wäre ich ein kleines Mädchen, dabei bin ich freundlich geblieben und konnte wirklich nichts dafür.»

JUNGE GEWERKSCHAFTERIN. Eine Routine kennt Mélissa Farine nicht. Die Gäste seien jeden Tag anders. Auch ihr Einsatzplan wechselt häufig. Ihr Arbeitstag beginnt meistens in Genf, mal frühmorgens, mal spätabends, mal mitten am Tag, jede Woche anders. Sie fährt nach Zürich, Luzern, Brig oder Domodossola, macht dort Pause, fährt zurück. Auf manchen Strecken ist sie für die statistischen Erhebungen verantwortlich. Sie arbeitet sechs Tage am Stück und hat dann zwei oder drei Tage frei, doch jeweils nur an einem Wochenende pro Monat. «Mit den unregelmässigen Arbeitszeiten ist es nicht immer einfach, die Freizeit zu organisieren», sagt Farine.

Trotzdem nimmt sie sich viel Zeit für Familie und Freunde. Und auch für die Treffen der SEV-Jugend. Zur Transportgewerkschaft kam Farine über eine Freundin – und war von Anfang an begeistert. An den SEV-Treffen schätzt Farine besonders den Austausch mit jungen Leuten aus der ganzen Schweiz. «Im SEV kann ich einfacher über den Berufsalltag sprechen als mit meinen Freundinnen.» Sie fühle sich in dieser Gruppe unterstützt und gestärkt.

Und: «Mit der SEV-Jugend können wir der älteren Generation zeigen, dass wir gute Arbeit leisten. Denn nur weil wir jung sind, heisst das noch lange nicht, dass wir nichts können.»

ALTE BILDER. Mit dem SEV fuhr sie auch an ihre erste Demo. «Ein unvergessliches Erlebnis.» Es war ein Treffen der Europäischen Transportarbeiter-Föderation (EFT) in Brüssel. «Ich war mit Italienerinnen, Spaniern oder Rumäninnen unterwegs. Es war ein wundervoller Moment der internationalen Solidarität.» Und solche Momente seien wichtig. Denn: «Die Welt wird immer individualistischer. Wenn es mir gutgeht, denke ich nicht unbedingt an die anderen.» Im Austausch mit den Bähnlerinnen und Bähnlern habe sie auch gemerkt: «Wir sind sehr privilegiert in der Schweiz.» Aber trotzdem könnte einiges verbessert werden. Zum Beispiel ergonomischere Umhängetaschen. «Denn diese Taschen sind zu schwer. Wir haben darin Drucker, Lochzange, Telefon, Schlüssel, Taschenlampe – und noch viel mehr.» Viele ihrer älteren Kolleginnen und Kollegen hätten deswegen mit Rücken- oder Hüftproblemen zu kämpfen. Und die SBB sollten sicherstellen, dass immer zwei Zugbegleiterinnen oder Zugbegleiter pro Zug mitfahren, in der Nacht sogar mehr.

Und wieso arbeiten nicht mehr Frauen bei den SBB? Mélissa Farine richtet ihren wachen Blick auf die Wand: «In allen Depots und Büros der SBB hat es alte Bilder. Auf diesen Bildern ist keine einzige Frau zu sehen. Wir sind viel zu sehr in diesen alten Bildern verhaftet.» Dabei gebe es viele Frauen, die den gleichen Job machten wie sie, auch Mütter. «Wir sollten diese Frauen sprechen lassen.» So wie Mélissa Farine: «Ich fühle mich sehr wohl bei den SBB und werde diesen Job noch lange machen.»



«GESCHÄTZTE FAHRGÄSTE...»: Zugbegleiterin Mélissa Farine macht Durchsagen, begleitet die Reisenden, macht Billettkontrollen und schaut, ob bei den Wagen alles in Ordnung ist.

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name

Strasse

PLZ/Ort

Telefon/E-Mail

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **Fax** 031 350 24 55 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Anne-Sophie Zbinden (Stv. Chefredaktorin, Produzentin), annesophiezbinden@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Jonas Komposch, jonaskomposch@workzeitung.ch; Patricia D'Incau, patriciadincgau@workzeitung.ch; **Mitarbeit an dieser Nummer** Katrin Bärtschi, Christoph Böckmann, Peter Bodenmann, Martin Jakob, Andreas Rieger, Clemens Studer, Jean Ziegler. **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch **Korrektur** Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch; **Sekretariat** Mirka Grossenbacher (Mo–Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Mirka Grossenbacher, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** Tagblatt Print, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 89'669 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.